Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., [illegible] 1851[illegible]

Telephon: Tagesredaktion: 6795. Nachtredaktion: 6797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich .... Kč 16.—
vierteljährlich .. „ 48.—
halbjährig .... „ 96.—
ganzjährig .... „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

3. Jahrgang. Dienstag, 30. Oktober 1923. Nr. 253.

Parlamentsbeginn.

Nach einer Pause, die beinahe ein halbes Jahr gedauert hat, tritt heute das Parlament zusammen. Wenn die Verfassung es nicht vorschriebe, daß im Oktober das Parlament zu seiner regelmäßigen Herbstsession zusammentreten müsse, so hätte die Regierung das Parlament wohl in einem noch späteren Zeitpunkt einberufen. Bis zu Weihnachten stehen dem Abgeordnetenhaus und dem Senat etwa sieben Wochen zur Verfügung und in diesem Zeitraum soll nun geradezu eine Unmenge gesetzgeberischer Arbeit geleistet werden. Monatelang hielt man das Parlament von der Erfüllung seiner gesetzgeberischen Aufgaben zurück, um dann wichtige, in das Leben des Staates und der Bevölkerung tief eingreifende Gesetzentwürfe in wenigen Wochen durchzuberaten — wenn man die Durchpeitschung aller Vorlagen noch eine Beratung nennen kann.

Bis zu Weihnachten muß das Budget für das kommende Jahr von Abgeordnetenhaus und Senat genehmigt sein. Man erwäge nur, mit welcher Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit die Beratung des Staatsvoranschlages in England oder in anderen demokratischen Staaten durchgeführt wird. Hängen doch mit dem Budget alle Fragen der Staatsverwaltung, alle politischen und ökonomischen Probleme des Staates zusammen, so daß den gewählten Gesetzgebern die Möglichkeit gegeben werden muß, an der Hand des Budgets bis in alle Einzelheiten der Staatsverwaltung einzudringen, dazu kritisch Stellung zu nehmen und vorhandene Schäden aufzudecken und zu beseitigen. Wie kann das Budget im Plenum und insbesondere im Ausschuß sorgfältig und gewissenhaft durchberaten werden, wenn diese Beratungen in einer so kurzen Frist beendigt sein müssen? An die Stelle der Gründlichkeit tritt Oberflächlichkeit, an die Stelle der Gewissenhaftigkeit Gleichgültigkeit.

Dazu kommt noch, daß sowohl in der äußeren als auch in der inneren Politik eine Menge von Ereignissen eingetreten sind, die im Parlament unbedingt besprochen werden müssen. Ueber die letzte Reise des Präsidenten sowie des Ministers des Aeußern nach Paris, Brüssel und London ist die Regierung dem Parlament Rechenschaft schuldig, sie muß bekennen, welche Verpflichtungen die Tschechoslowakei hiebei eingegangen ist, da die Folgen dieser Verpflichtungen über das Wohl und Wehe der Bevölkerung entscheiden. Ebenso muß die Regierung in den Fragen der inneren Politik Rede und Antwort stehen und wird ihr Verhalten während des Bergarbeiterstreiks dem Parlament gegenüber zu verantworten haben.

Werden also die politischen Debatten schon ein paar Tage in Anspruch nehmen, so wird die Zeit, die der Beratung des Budgets gewidmet werden soll, noch eingeengt dadurch, daß sich das Abgeordnetenhaus und der Senat vor die Notwendigkeit gestellt sehen wird, eine Reihe von Gesetzen, deren Gültigkeit mit 31. Dezember 1923 abläuft, zu verlängern. Für die Arbeiterschaft von Wichtigkeit sind hier insbesondere das Gesetz über die staatliche Arbeitslosenunterstützung sowie das über die Krankenversicherung. Wo soll angesichts dessen Zeit und Muße gefunden werden, all diese wichtigen Gesetzesvorlagen ordnungsgemäß zu verhandeln und sachlich zu bearten? Die Majorität des Parlamentes hat schon im vorigen Jahr mit einem heuchlerischen Augenaufschlag betont, daß solche Erpreßberatungen, wie wir sie mitgemacht haben und die eines Parlamentes unwürdig sind, künftighin verhindert werden müssen. Statt daß es besser wird, wird es immer schlechter. Die Zeit, die heuer der Beratung des Budgets, den terminierten Vorlagen und den Fragen der äußeren und inneren Politik gewidmet sein wird, wird noch geringer sein als voriges Jahr.

Dabei hat das Parlament in der Herbstsession noch eine besondere Aufgabe zu erfüllen, auf die die Augen der Bevölkerung, insbesondere der arbeitenden Bevölkerung, gerichtet sind. Es ist dies die Gesetzwerdung der Sozialversicherung. Die Beratung der Sozialversicherungsvorlage ist — wie wir unlängst hier im einzelnen nachgewiesen haben — bewußt verschleppt worden, der Stand der Frage ist beim Zusammentritt des Abgeordnetenhauses derselbe wie zu der Zeit, als das Parlament in die Ferien gegangen ist. Der Sozialversicherungsausschuß sollte permanent tagen, das Abgeordnetenhaus sollte ein fertiges, bis ins einzelne durchberatenes Elaborat vorfinden — nichts von all dem ist geschehen. Es ist kein Wunder, wenn die Bevölkerung trotz aller Beteuerungen der Regierungsabgeordneten, daß die Sozialversicherung am 1. Jänner 1924 Gesetzeskraft erlangen wird, an die Erfüllung dieser Zusage nicht glaubt und sich die Ueberzeugung in den Massen immer mehr festigt, daß hier ein schnödes Spiel getrieben wird, daß Hoffnungen erweckt werden, die die Regierungsmajorität zu erfüllen nicht gewillt ist.

Das traurigste bei all dem ist, daß sich das Parlament selbst um das Ansehen bringt, das jedes Parlament braucht, um für die Bevölkerung nutzbringende Arbeit leisten zu können. Soll die Demokratie nicht bloß in der Verfassung festgelegt, soll sie nicht nur auf dem Papier stehen, sondern wirklich und wahrhaftig lebendig gemacht werden, dann darf man das Werkzeug der Demokratie, das aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorgegangene Parlament nicht so behandeln, wie es die heutigen Machthaber tun. Ein besserer Schutz für das Parlament als das Schutzgesetz wäre es, wenn die Regierung es dem Parlament überhaupt ermöglichen würde, ernste, sachliche, der Bedeutung der zur Beratung gelangenden Gesetzesvorlagen entsprechende Arbeit zu leisten. Würdiger als durch bunte Fahnen und geräuschvolle Feste feiert man die Demokratie durch eine schöpferische Gesetzgebung zum Wohle der werktätigen Bevölkerung.

Sturz der sächsischen Arbeiterregierung.

Gewalt vor Recht.

Ein Volksparteiler Regierungskommissär. – Große Erregung im ganzen Reich. — Der Ruf nach dem Generalstreik. — Wahrscheinlicher Rücktritt der sozialdemokratischen Reichsminister. – Nach Sachsen Thüringen und Braunschweig.

Berlin, 29. Oktober. (Eigenbericht.) Die Erregung der Arbeiterschaft über das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen ist auch in Berlin ungeheuer. Der Ruf nach dem Generalstreik als Abwehrmaßregel gegen die überhandnehmende Reaktion beschränkt sich durchaus nicht mehr auf die kommunistischen Kreise. Auch in den Reihen der Sozialdemokratie verlangt man, daß gegen die Regierung Stresemann die schärfsten Maßnahmen angewendet werden sollen, um ihn zur Umkehr von seiner Politik zu zwingen, und es erscheint selbstverständlich, daß die in diesen Tagen zusammentretende Reichstagsfraktion den Rücktritt der Sozialdemokraten aus dem Kabinette Stresemann beschließen wird. Nach der Stimmung in den Parteikreisen zu urteilen, kann man schon jetzt sagen, daß die Bestrebungen einer Reihe von Parteigenossen in leitenden Stellungen, die Herausforderung der sozialdemokratischen Partei durch den Reichskanzler in ein Kompromiß endigen zu lassen, keinen Erfolg haben werden.

Es hat ohnehin schon vielfach Befremden in der Partei erregt, daß die Parteigenossen in den verantwortlichen Stellen des Reiches nicht sofort die Konsequenten gezogen haben; insbesondere versteht man es nicht, daß der Reichspräsident Ebert dem Reichskanzler die Ermächtigung zur Absetzung der sächsischen Regierung geben konnte. Unrichtig ist allerdings, daß die sozialdemokratischen Reichsminister dieser Maßnahme zugestimmt hätten; sie hatten zwar erklärt, daß sie das Ausscheiden der kommunistischen Minister in Sachsen für notwendig hielten, nachdem deren Partei zur gewaltsamen Auflösung gegen die Verfassung aufgefordert hatte, sie warnten aber eindringlich vor der beabsichtigten Gewaltmaßregel, von der nur unheilvolle Folgen für Sachsen und das Reich zu erwarten wären.

Die zentralen Instanzen der sozialdemokratischen Partei werden zu den Vorgängen in Sachsen sofort Stellung nehmen. Der Vorstand der Reichstagsfraktion ist auf morgen mittag, die Fraktion selbst auf Mittwoch einberufen worden. Die leitenden Körperschaften der Gewerkschaften veröffentlichen eine Erklärung, worin sie sagen, das schroffe Vorgehen gegen die sächsische Regierung stehe in solchem Widerspruch zu dem nachgiebigen Verhalten gegen Bayern, daß es Zweifel an dem Willen, die Deutsche Republik gegen die Reaktion zu schützen, aufkommen lasse. Die Funktionäre der sozialdemokratischen Partei Großberlins nehmen morgen abends zu den Vorgängen in Sachsen Stellung.

Das Reichskabinett ist heute abends zusammengetreten, um sich mit der innen- und außenpolitischen Lage zu befassen. Dem Reichskommissar für Sachsen, Dr. Heinze sind für sein Verhalten Richtlinien gegeben worden; es heißt darin, daß er in Sachsen wieder verfassungsmäßige Zustände herstellen solle. Es sei nicht vereinbar, daß Mitglieder einer Regierung zu Gewaltmaßnahmen gegen das Reich auffordern und es sei deshalb erforderlich, eine neue Regierung zu bilden, hinter der die Mehrheit des Volkes stehe und der die Kommunisten nicht mehr angehören. Der Reichskommissär ist angewiesen worden, alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf die Herstellung einer solchen Regierung abzielen. Die Genossen Wels und Dittmann vom sozialdemokratischen Parteivorstande und der Abgeordnete Fischer von den Demokraten sind heute nach Dresden gereist, um in dieser Richtung auf eine Neubildung der Regierung hinzuwirken.

* * *

Dresden, 29. Oktober. (Eigenbericht.) Der Landtag, sämtliche Ministerien und andere öffentliche Gebäude wurden militärisch besetzt und die Reichswehr zieht kriegerisch durch die Straßen; kein Laut des Mißfallens oder des Beifalls unter den erregten Volksmassen ertönt. Das alles geschieht, weil in Flugblättern und Plakaten, die angeblich vom kommunistischen Landesvorstand und der kommunistischen Landtagsfraktion, also auch von den kommunistischen Ministern, herausgegeben worden waren, zum Widerstand gegen General Müller aufgefordert wurde. Der Regierung selbst konnte nichts Verfassungswidriges nachgewiesen werden. In dem Flugblatt wird General Müller kritisiert und zur Aufstellung neuer Hundertschaften und Aktionsausschüsse in den Betrieben aufgefordert. Hätte sich bei den späteren Verhandlungen die Echtheit der Flugblätter ergeben, wäre die sozialdemokratisch-kommunistische Koalition in Sachsen wohl erledigt gewesen. Die sächsische Regierung wird gegen ihre Absetzung bei der Reichsregierung protestieren und die sofortige Einberufung des Reichsrates verlangen; außerdem wird sie versuchen, eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder zustande zu bringen. Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei warnt trotz der unerhörten Provokation vor unbesonnenen Schritten und Einzelaktionen. Der Bezirksvorstand für Ostsachsen faßte eine Entschließung, in der er seine schärfste Mißbilligung darüber ausspricht, daß der Reichspräsident Ebert seine Zustimmung zu dem Vorgeh engegen Sachs engegeben habe: es wird der Ausschluß Eberts aus der Partei und der Rücktritt der Sozialdemokraten aus dem Reichskabinett verlangt. Die Organisationsvorstände in Zwickau haben beschlossen, die Diktatur über Sachsen mit einem eintägigen Proteststreik zu beantworten. Die Selbstregierung Sachsens wurde nun zunächst durch militärische Gewalt erstickt, die Erregung unter der Arbeiterschaft bis zur Siedehitze gesteigert. Offen und unverhüllt zeigt sich den Zweiflern, daß reaktionäre Kräfte im Zuge sind, die gesamte deutsche Arbeiterbewegung zu zertrümmern. Gegen Thüringen und Braunschweig werden die nächsten Schläge folgen. Jetzt müssen alle Bedenken fallen; die Lage in Sachsen erfordert die Ergreifung sofortiger Maßnahmen zum einheitlichen Zusammenschluß und Handeln der gesamten deutschen werktätigen Bevölkerung, um die vollständige ungerechtfertigten Gewaltstreiche abzuwehren. Gewollt oder ungewollt von der Partei, haben Ereignisse von unabsehbaren Folgen für das deutsche Proletariat — aber auch für Deutschland.

Der neue Herr.

Dresden, 29. Oktober. (Wolff.) Nach einer Mitteilung der Staatskanzlei lehnt die sächsische Regierung die Aufforderung des Reichskanzlers zum Rücktritt ab, indem sie erklärt: Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung Sachsens abzuberufen; solange dies nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten bleiben. Sie wird aber alsbald im Landtage eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

Berlin, 29. Oktober. (Wolff.) Der Reichstag hat den früheren Minister Dr. Heinze zum Reichskommissär für Sachsen ernannt.

Die Regierung weicht der Gewalt.

Dresden, 29. Oktober. Der neue Reichskommissär Dr. Heinze hat den Hauptmann im Wehrkreiskommando Olbrich beauftragt, sein Beglaubigungsschreiben heute in den ersten Nachmittagsstunden dem bisherigen Kabinett zu überreichen und die Minister zu sofortigem Rücktritt aufzufordern. Diesen Auftrag führte Olbrich mittags zwischen 12 und 1 Uhr aus. Die Minister haben sich gefügt.

Der Landtag darf nicht tagen.

Dresden, 29. Oktober. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Generalleutnant Müller in Ausübung der Vollzugsgewalt den Zusammentritt des Landtages bis zu seiner etwaigen Einberufung durch den Reichskommissär Dr. Heinze verboten. Die nächste Sitzung des sächsischen Landtages sollte nämlich morgen (Dienstag) stattfinden. Durch das Verbot wird es der Regierung unmöglich gemacht, unter dem Schutz der Immunität gegen die letzten Ereignisse zu protestieren.

Das neue System: es regnet Verbote.

Dresden, 29. Oktober. Nach Mitteilung des Reichswehrkommandos sind politische Versammlungen jeder Art bis auf weiteres verboten. Das Erscheinen der kommunistischen Presse wurde unterbunden, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten; die Druckereien wurden besetzt.

Das bulgarische Orgovany.

Der Wald von Orgovany, wo die Knechte des Horthy, hunderte von Unschuldigen unter den entsetzlichsten Qualen hingerichtet haben, hat eine traurige Berühmtheit in der ganzen Welt erreicht. Es scheint, daß jede Konterrevolution ihr eigenes Orgovany erzeugt. Das bulgarische Orgovany heißt Serambej und ist eine Eisenbahnstation auf der Strecke von Sofia nach Konstantinopel. Ungezählte unschuldige Opfer, Bauern Arbeiter, Intellektuelle, Kinder und Frauen sind da von den Maschinengewehren der Regierung des Herrn Zankow dingemäht worden. Die Welt hat bisher wenig glaubwürdiges über die Greuel der weißen Herrschaft in Bulgarien erfahren. Auf dem Lande lastet die eiserne Hand der Militärdiktatur; die ganze Presse, die nicht im Dienste der Regierungsparteien steht, ist unterdrückt; die Nachrichtenzensur verhindert, daß verläßliche Berichte in das Ausland gelangen. Die Menschen sind auch zu sehr eingeschüchtert, stehen noch zu sehr unter dem Eindruck des Entsetzlichen, das sie miterlebten, als daß sie Mut und Lust zur Berichterstattung hätten. Nun ist uns ein Bericht aus vollkommen glaubwürdiger Quelle zugekommen, der den Schleier des Grauens wenigstens über eine kleine Ecke des Landes hebt. Wir haben keinen Grund, an der Richtigkeit dieser Darstellung zu zweifeln, und darum müssen wir die Frage aufwerfen, wie ist es möglich, daß an einer Regierung, die solches am Gewissen hat, eine Partei beteiligt ist, die den sozialdemokratischen Namen trägt. Es muß aber mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft anderer Länder keine Solidarität und keine Gemeinsamkeit mit einer Partei aufrecht erhalten kann, die, sei es auch aus welchen Gründen immer, sich solchen Taten mit so viel Macht, wie sie eben besitzt, nicht widersetzt.

Ein bulgarischer Genosse aus Plowdiw berichtet uns:

Infolge der Zensur und des Belagerungszustandes wissen wir eigentlich in Bulgarien sehr wenig darüber, was in dem Lande seit dem 12. September vorgeht. Da die ganze Presse der Bauernpartei und der Kommunisten unterdrückt ist, öffentliche Versammlungen, ja auch private Zusammenkünfte politischer Natur nicht abgehalten werden können und alle Leute so eingeschüchtert sind, daß sie kaum Privatgespräche zu führen wagen, ist es sehr schwer, ein Bild über die Ereignisse zu gewinnen. Aber ich weiß ganz genau aus persönlicher Beobachtung, was in unserem Kreise vorgegangen ist und ich habe Gründe, anzunehmen, daß die Ereignisse in den andern Departements Bulgariens auch ähnlich beschaffen waren. Ich betrachte es als eine Pflicht, einiges über das, was ich gesehen und miterlebt habe, zu erzählen, damit die Arbeiter außerhalb Bulgariens erfahren sollen, welche entsetzlichen Verfolgungen in Bulgarien die Bauern und die Kommunisten zu ertragen haben.

Nach dem Staatsstreiche von Zankow herrschte in Bulgarien den Sommer hindurch verhältnismäßig und wenigstens äußerlich Ruhe. Aber die Regierung wußte nur zu gut, daß die großen Massen der Bevölkerung gegen das neue Regime sind und sie befürchtete, daß sie bei den Wahlen eine schwere Niederlage erleiden und die Mehrheit der bulgarischen Bevölkerung für die Bauernpartei und die Kommunisten stimmen wird. Um dies zu verhindern, gab die Regierung eine Verordnung aus, alle Agitatoren und bekannten Führer der Bauernschaft zu verhaften. Ich weiß nur von einem solchen Befehl, der für unseren Kreis herausgegeben wurde, aber ich hörte, daß am 12. September im ganzen Lande an diese Verhaftungen geschritten wurde. In unserem Kreise sind neben Plowdiw die bedeutenderen Städte T. Pasardschik, Pestera. In der letzten Stadt wurden in einer Nacht 200 Verhaftungen vorgenommen und sie wurden damit begründet, daß eine kommunistische Verschwörung entdeckt wurde. Im Anfang gingen diese Verhaftungen ohne irgend einen Widerstand vor sich, als sie aber auf den ganzen Bezirk ausgedehnt wurden, leistete die Bevölkerung hie und da Widerstand. In einzelnen Dörfern, so z. B. in Lessitschowo, Muchowo, Dermedischly und Brazigowo leistete die Bevölkerung am 14. und 15. September Widerstand, setzte die von der Regierung ernannten Gemeindevorsteher ab und übernahm selbst die Gemeindeverwaltung. Dies gab endlich den Weißgardisten den lange ersehnten Anlaß, einen Generalangriff auf die Bauernpartei und die Kommunisten zu unternehmen. Die Verhaftungen in Passardschik und in den anderen Ortschaften des Kreises wurden nunmehr umso rücksichtsloser und in steigendem Maßstabe vorgenommen. Man kann sich von der Größe dieser Hetzjagd einen Begriff machen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in kurzer Zeit sämtliche Gefängnisse in der Kaserne in Pasardschik, in welcher früher das ganze Infanterieregiment Nr. 27 untergebracht war, überfüllt waren und daß man noch außerdem Privathäuser zu diesem Zwecke verwendete. Wie groß die Zahl der Verhafteten war, kann ich mit gutem Gewissen nicht angeben, aber sie muß sehr groß gewesen sein, denn trotz dieser vielen Gefängnisse waren die Gefangenen so zusammengedrängt, daß es ihnen unmöglich war, eine andere Stellung als die stehende einzunehmen. Gleichzeitig wurde der Belagerungszustand verhängt und unter Androhung der Todesstrafe es jedermann verboten, sich auch nur tagsüber auf der Straße zu zeigen. Das bedeutete eine sehr schwere Last auch für die unbeteiligte Bevölkerung, denn in Pasardschik gibt es nur auf der Straße Brunnen, von denen alle Bewohner das Wasser holen. Durch das Verbot, die Straße zu betreten, wurde es also der ganzen Bevölkerung tagelang unmöglich gemacht, Wasser zu holen. Die ganze Stadt war wie ausgestorben, die Straßen menschenleer, nur hie und da zeigten sich Gruppen von Soldaten, welche weitere Verhaftungen vornahmen. Sie drangen in die Häuser ein und forderten die in den offenen Befehlen bezeichneten Personen auf, mitzugehen, ohne es aber ihren Angehörigen zu erlauben, die Verhafteten zu begleiten. Fragen, wohin man die Verhafteten abführt oder was mit ihnen geschehen wird, blieben unbeantwortet.

Während in Pasardschik dies geschah, hatten sich die Bauern und Kommunisten in Brazigowo den regulären Truppen, welche herangezogen worden sind, ergeben. Aber in der naheliegenden Eisenbahnstation Serambej sammelten sich aus den umgebenden Dörfern bewaffnete Bauern, denen es gelang, die Truppen zu verjagen und dadurch die Eisenbahnverbindung zwischen Sofia und Konstantinopel zu unterbrechen. Da wurde nun von der Regierung reguläres Militär in größerer Anzahl und vor allem Mazedonier und Wrangelkosaken nach Serambej entsendet, welche nach mehrtägigem Kampfe (23. bis 28. September) die Aufständischen niederwarfen. Der Kommandant dieser Truppen war ein gewisser Georgie Boschkoff. Die Wiener Genossen dürfte es interessieren, daß sich dieser Mann im Herbst des vorigen und im Frühjahr des laufenden Jahres als Student in Wien aufgehalten hat, wo er eine „bulgarisch-arische" Studentengruppe, die mit den Hakenkreuzlern Verbindungen unterhielt, gegründet hat. Boschkoff hatte einen jüdischen bulgarischen Studenten in Klosterneuburg mißhandelt und als er von der Polizei zur Verantwortung gezogen wurde, entzog er sich durch Flucht der Strafe. Dieser Mann, der während des Krieges aktiver Offizier war, und durch seine besondere Grausamkeit gegenüber den Soldaten berüchtigt war, hat das Kommando in Serambej geführt.

Alle, die da gefangen wurden, wurden über seinen Befehl getötet. So wurden beispielsweise 200 von diesen Gefangenen auf einmal durch Maschinengewehrfeuer niedergemacht. 16 von 25 Maturanten des Gymnasiums in Bazardschik, die aus der Umgebung Serambejs zur Unterstützung der mittlerweile schon Erschlagenen herbeigeeilt waren, wurden, ohne daß sie sich an dem Kampfe wirklich beteiligt hätten, gefangen genommen, aneinandergekettet und auf dem Wege nach Bazardschik, wohin man sie angeblich bringen wollte, ebenfalls durch Maschinengewehrfeuer niedergemetzelt. Unter ihnen befinden sich u. a. Pitroff Nikolai aus dem Dorfe Tschumaja, Ziborkow Dimitr und Swetanski aus dem Dorfe Nesitschowo, Wutschkoff aus dem Dorfe Sturkowo. Dieser letztgenannte Student wurde aber bloß an der Hand verletzt und trotzdem sich einige Soldaten für ihn einsetzten, wurde er durch Messerstiche niedergemacht. Diese Kämpfe bei Serambej gaben den kontrerevolutionären Truppen die Gelegenheit, sich kurzerhand der Gefangenen aus Bazardschik und der ganzen Umgebung zu entledigen. Sie wurden nämlich in der Nacht mit Lastautos nach Serambej gebracht und dort umgebracht. Bis es aber dazu kam, mußten die Unglücklichen die entsetzlichsten Mißhandlungen erleiden. Man wollte ihnen nämlich Geständnisse abpressen und man marterte sie so lange, bis sie entweder das gewünschte Geständnis ablegten oder aber ohnmächtig oder sterbend zusammenbrachen. Im Subpräfekturgefängnis zu Bazardschik ereigneten sich Dinge, die geradezu unbeschreiblich sind. Erwachsene starke Bauern wurden durch ständiges Martern und durch das Grauen in den Wahnsinn getrieben. Tagsüber peinigte man sie, um Geständnisse zu erpressen und wenn dann die Nacht kam, ging das Entsetzen durch das Gefängnis, wer wohl heute wieder abgeholt wird. Um Mitternacht wurde die ganze Masse unruhig, sie begannen zu schreien, zu wimmern, zu brüllen, weil alle von der Furcht beherrscht waren, daß sie in dieser Nacht mit dem Lastauto abgeholt und dann in Serambej ermordet werden. Um ein Uhr in der Nacht vernimmt man in dem Gefängnis das Rasseln des Totenwagens. Die Gefängnistür wird geöffnet und ein Offizier ruft laut die Namen der Opfer. Alle also Gerufenen schreien und weinen, berufen sich auf ihre Unschuld, auf ihre Familien, verlangen Gnade, klammern sich an die anderen Gefangenen und wollen nicht heraus. Man reißt sie gewaltsam fort, die Verstümmelten und Ohnmächtigen hebt man in den Wagen, die Gesunden werden in dem Auto gefesselt und dann geht die entsetzliche nächtliche Fahrt in der Richtung nach Serambej. Man schaffte alle diese Opfer nach Serambej, weil man dort die Möglichkeit hatte, sie alle als im Kampfe Gefallene hinzustellen. Unter den so Getöteten befinden sich die zwei Brüder Angel und D. Popow, beide Advokaten. Der Advokat D. Dodoroff, der Arbeiter K. Sladareff, der Lehrer K. Christeff, der Bauernabgeordnete Sabrian Zokoff sind getötet worden. Ilia Biroff, der während der Stambulinski-Regierung der Unterpräfekt in Bazardschik war, hat sich aus Furcht vor den Qualen mit einem Dolch dreimal in die Brust gestochen und ist seinen Verwundungen erlegen. Aus Barzigowo wurden die Bauern und Kommunisten, die sich ohne jeden Kampf ergeben haben, in Güterwaggons nach Serambej gebracht und dort getötet. Der Kommandant in Serambej bekam immer telephonisch früher den Befehl, wieviel Gräber er ausschaufeln lassen soll. Endlich wurde es sogar den Soldaten, die diese Blutarbeit zu verrichten hatten, zu viel und sie verweigerten den Gehorsam. Sie wurden dann abtransportiert und an ihre Stelle kamen Wrangelisten und Mazedonier.

Diese ganze Verfolgung wurde von dem Präfekten in Plowdiw Slawejko Wassileff geleitet, der vor dem Umsturz ein Vertrauter Stambulinskis war, im Augenblick des Staatsstreiches aber zu den Kontrerevolutionären überging und der auch Stambulinski gefangen genommen hat.

Jetzt herrscht in Bazardschik und in dem Kreise selbst Ruhe, aber das viele unschuldig vergossene Blut schreit zum Himmel und die kontrerevolutionären Machthaber werden ihres „Erfolges" kaum froh werden können.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Inland.

Die Botschaft Masaryks.

Beim Empfange der Regierung und der Präsidenten der Nationalversammlung verlas Präsident Masaryk eine Botschaft, in der er unter anderem sagte:

Meine Reise in die westlichen Länder schließt sich gut an den heutigen Tag an. Meine Kundgebungen waren vom Geiste des Friedens und von Entschlossenheit zur Arbeit getragen, damit mir die materiellen und moralischen Folgen des Krieges weltmachen, damit wir unseren Freunden im Guten und im Bösen nützliche Verbündete sind. Das Reparationsproblem berührt uns sehr empfindlich. Das erneuerte und gekräftigte Deutschland wird wie für England so auch für uns ein Konkurrent sein. Die Alliierten befinden sich her in einer eigentümlichen Situation, daß sie Deutschland bis zu einem gewissen Grade gegen sich selbst helfen sollen. Trotzdem sind sie zu dieser Hilfe bereit: Ein zerrüttetes Deutschland ist für uns alle gefährlich.

Der Krieg hat überall nicht nur bei den Besiegten, sondern auch bei den Siegern eine große Verarmung und einen gewissen sittlichen Verfall verursacht. Ich kann mit Genugtuung konstatieren, daß unsere Republik in dem Zeitraume von fünf Jahren nicht nur in der auswärtigen, sondern auch in der inneren Politik auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung einen bedeutenden Fortschritt erzielt hat. Ich werde Ihnen keine Details vortragen, die Sie selbst kennen. Ich werde auch nicht anführen, was uns noch fehlt und was wir zu ergänzen haben. Nur als Beispiel erwähne ich, daß ich jetzt draußen hörte, daß unsere Handelspolitik noch keine bestimmte Richtung aufweise, eine gewisse Unsicherheit ist draußen, wie auch zu Hause fühlbar.

Der Staat muß die Harmonie aller für die Gesellschaft notwendigen und bildenden Kräfte festigen; der moderne Staat soll eben ein zentralisierendes Organ für die lebendigen und guten Kräfte seiner Bevölkerung sein. In der Demokratie ist das Bürgertum zur politischen Selbständigkeit und Initiative berufen; die Selbstverwaltung, Autonomie ist eine notwendige Voraussetzung der Demokratie. — Autonomie, welche mit der politischen Disziplinierthheit und dem Verantwortlichkeitsgefühl eines jeden einzelnen Bürgers beginnt. Unser Staat wird natürlich ein nationales Gepräge haben; dies geht schon aus dem demokratischen Majoritätsprinzip hervor. — Nachdem wir aber auch andere Nationalitäten haben, muß es unser beständiges Bestreben sein, daß alle Bürger in ihren Rechten und berechtigten Forderungen voll befriedigt werden.

Wie bereits vor dem Kriege, so geht es auch jetzt um die Lösung sozialer Probleme. Ich kann sagen, daß der Sozialismus bei uns sehr richtig vorgeht, daß er einen Teil der Regierungskoalition bildet und dies von Anfang an. Wenn gegen diese Politik von fremden sozialistischen Parteien sogar Klagen erhoben worden sind, kann ich mir dies nur mit dem Nichtbegreifen der Weltsituation und der eigentlichen Aufgaben des Sozialismus auslegen. Ich bin mir dessen bewußt, daß die Entwicklung in allen Staaten nach links weist. In dieser Erkenntnis lasse ich mich durch zeitweilige und lokale Abschwenkungen nach rechts nicht beirren, und ich bin mir auch dessen bewußt, daß ebenso unsere Politik auch sozial wirklich reformatorisch und schöpferisch sein muß. Aber der Krieg und die Entwicklung nach dem Kriege haben nicht nur das alte Regime beseitigt, sondern, ich hoffe es, auch das Revolutionäre, welches eben durch das alte Regime hervorgerufen und aufrechterhalten wurde.

Die republikanische und demokratische Politik muß auf allen Gebieten und kulturell im besten Sinne des Wortes sein; ohne Bildung ist eine wahre Demokratie unmöglich. Wenn ich manchmal von Fachwissen und Bildung in der Politik

Ueber dem Abgrund.

Von Felix Stössinger (Berlin).

Die deutsche Republik ist im Zusammenbruche geboren und unter Schmerzen gehalten worden. Oft genug hat sie sich in schwierigen Situationen, die nur durch Opfer des Besitzes hätten gerettet werden können; durch die Klage und durch die Drohung des Zusammenbruches zu helfen gesucht. Und nun ist sie wirklich soweit wie der Hirtenjunge im deutschen Märchen, der die Nachbarn mit dem Schrei „der Wolf ist da" so lange alarmierte, bis er, als der Wolf wirklich da war, sich im Stiche gelassen sah. Deutschland das sich so oft am Abgrund wähnte, liegt nun wirklich in ihm. Und es wäre gefährlich, sich darüber zu täuschen, wo sich das Land befindet.

Alles ist gekommen, wie man es vorausgesehen hat. Eine beispiellose Wirtschaftskrise wütet in jeder einzelnen Familie als der Würgengel des Kapitalismus. Eine Arbeitslosigkeit sondergleichen treibt die Massen fast täglich, fast in allen Städten, zur Plünderung und Aufruhr. Die Geschäfte stehen leer, die Fabriken schließen, die Kohlenzechen feiern, eine Panik bemächtigt sich immer von neuem des verzweifelten, an Nervenkraft verbrauchten, durch die Inflationssteuer bis aufs Hemd ausgeplünderten Volkes.

Bis aufs Hemd — inklusive! Während die Arbeitslosigkeit in anderen Krisenzeiten eine Arbeiterschaft traf, die es doch zum Teil vermocht hatte, einen Spargroschen beiseite zu legen, mit einigen Wäsche-, einigen Kleidungsstücken die Hungermonate zu überstehen, wird das Proletariat diesmal aus einer Periode der Verelendung in einen Zustand der Hungerkolter geworfen. Wer auch nur wenige Tage eine Goldmark, also anderhalb Milliarden Papiermark gespart hat, den beißen die Hunde. Die Entwertung des Besitzes schreitet nicht nur täglich, sondern sogar stündlich vor. Die Goldmark-Rechnung, die man seit einem Jahre fordert, ist nun wirklich da. Aber nur, um die Unfähigkeit der Massen zu enthüllen, Waren für wenige Goldmark zu kaufen. Der Handel ist sehr schnell von der Papierrechnung zur Indexrechnung, von der Indexrechnung zur Goldrechnung übergegangen. Von einer Bezahlung der Lohnempfänger nach Goldwährung ist bisher nichts zu merken. Erst die Tatsache, daß die Arbeiterschaft, die Angestellten, kurz das Volk, wirklich nicht mehr imstande ist, von der Löhnung einer halben Woche am nächsten Montag ein Laib Brot zu kaufen, hat aber nun doch soweit alarmierend gewirkt, daß Kommunen, Länder und Industriezweige selbständige Goldwertzeichen herausgeben. Der Kundige hört das allerdings mit Sorgen. In der Rentenmark, dem Goldanleihengeld und anderen neuen Geldformen muß sich eine Inflation katastrophalster Art vorbereiten, gegen die die jetzige ein Kinderspiel ist.

Von den täglichen Sorgen, mit denen jeder Einzelne zu kämpfen hat, kann sich der Ausländer unmöglich eine Vorstellung machen. Als in Deutschland ein Frühstück 200 Mark kostete und in Rußland drei Millionen, da fragte man sich hier, wie denn die Leute in Rußland rechnen könnten, woher der einzelne überhaupt wisse, was dies oder jenes kostet. Heute, wo wir nur noch mit Milliarden rechnen, sind wir allerdings praktisch zur Erfahrung gekommen, daß niemand mehr die Preise kennt. Die Zahl ist zur Halluzination, zum Alb geworden. Die Preise wechseln so schnell, daß man nicht einmal mehr eine Vorstellung hat, welchen Wert ein Gegenstand vor acht Tagen gehabt haben mag. Eine Geschichte der Preise ist zugleich eine Geschichte der Qualen, die das Volk durchmacht. Man kennt die Preise von Brot, Straßenbahn, einer Zeitungsnummer. Trotzdem weiß man nie, wieviel Geld man haben muß, um irgend etwas zu kaufen. Die Bewegung ist zu schnell und zu verworren, als daß man den Preisablauf einer einzelnen Ware übersehen könnte. Man steht jeden Augenblick vor einer Unfaßbarkeit. Man weiß von einem Preise nicht, ob er für ein viertel Kilo oder für ein ganzes gilt. Ob der Verkäufer betrogen wird oder der Käufer sich betrügt. Jeden Augenblick finden sich neue Fälle, daß der Irrsinn der Zahl einen die einfachsten Additionen, ja selbst das Abzählen von Geld nicht mehr bewältigen läßt. Folgt auf 500 Millionen eine Milliarde, sind zehn Hundertmillionenscheine zehn Milliarden oder eine, zwei Fünfzigmillionenscheine zehn Millionen oder hundert, aus wieviel Hunderten, aus wieviel Tausendern besteht ein Fünfzigmillionenpaket oder ein Hundertmilliarden-Goldwechsel. Die Zahl und das Zählen hat uns um den Verstand gebracht.

Die Qualen, die sich aus diesem Zustand ergeben, beginnen am Morgen und wechseln täglich. Einmal ist Milch im Ueberfluß da, nachdem wochenlang kein Tropfen zu finden war. Plötzlich gibt es kein Brot mehr. Zwei Tage später sind die Bäckerläden wieder voll. Die Brotkarte gilt plötzlich wieder; aber die meisten hatten sie schon weggeworfen. Der Kauf eines Stückchen Zwirns, die Gasrechnung, das Porto für eine Stadtpostkarte, der Kauf einer Mittagszeitung, werfen einen durch die Millionen und die Milliarden, weil zum Ueberdruß auch noch Rechnungsbeträge vorkommen, deren Kleinheit man nicht fassen kann. Das Geld ist eine Last. Und die Reichsbank vergrößert sie, indem sie jeden Geldschein in drei, fünf und mehr Fassungen herausgibt. Selbst das Zählen des Geldes ist durch das verschiedene Aussehen und die verschiedene Größe des gleichen Geldwertes zu einem verwirrenden Geschäft geworden.

Die schlimme Folge der Krise ist, daß es nichts gibt, und daß das Wenige mit Mühen sonder Zahl erworben werden muß. Eine Briefmarke zu kaufen, ist ein Problem. Zeitaufwand: zirka dreiviertel Stunden. Margarine, Fett, Brot, Zeitaufwand: zwei bis vier Stunden. Einen Gegenstand im Handel in Leipzig kaufen und von Berlin aus bezahlen, Zeitaufwand: im Bankscheckverkehr zehn Tage. Auf der Straße überfallen ausgeplündert und bestohlen werden; Zeitaufwand: zwei Minuten.

Die Straße! Jahrelang bot sie uns in den reichen Vierteln den schamlosen Anblick überfüllter Bars, prassender Schieber und schmarotzender Valutaprinzen. Heute sind die großen und reichen Restaurants leer, denn die Sorge, ob nicht der Himmel auch über ihm zusammenbricht,

spreche, verlange ich deshalb keine Gelehrsamkeit.

Die Demokratie bedarf nicht nur der Schule, sondern auch einer guten Presse. Es soll bald eine journalistische Schule eröffnet werden. Es gibt ein gewisses Uebermaß an Polemismus. Ein gewisser Provinzialismus schadet uns überhaupt manchmal, besonders in den Augen der Ausländer. Alle unsere Politik und unser Auftreten muß weltkundiger sein.

Es wird zu dieser Botschaft Masaryks wohl manches gesagt werden müssen.

Sessionsbeginn.

Um elf Uhr vormittags versammelt sich heute das Abgeordnetenhaus zur ersten Sitzung seiner Herbstsession, die diesmal recht spät, am letzten verfassungsmäßig überhaupt zulässigen Tage, beginnt. Mußte schon im Vorjahre rasche Arbeit geleistet werden, um das Budget unter Dach und Fach zu bringen so wird die Schnelligkeit der Beratungen heuer noch gesteigert werden müssen. Das Budget muß bis zum 5. Dezember vom Abgeordnetenhaus verabschiedet sein, worauf der Senat in die Beratung des Staatsvoranschlages eingehen wird. In der Zwischenzeit wird sich der Senat mit einigen kleineren Gesetzen zu beschäftigen haben. Ueber sein Arbeitsprogramm entscheidet erst eine heute stattfindende Präsidialsitzung, die vor der um vier Uhr beginnenden Haussitzung stattfindet.

Die lange parlamentarische Pause hat auch zur Folge, daß der Einlauf für die heutige Sitzung ungemein beträchtlich ist. Da die Geschwindigkeit bekanntlich keine Hexerei ist, — auch im Präsidium des Abgeordnetenhauses nicht — so kann man unter den zahlreichen Interpellationen auch eine Anfrage der Abgeordneten Genossen Beutel und Kirpal an den Minister des Innern wegen des Vorgehens der politischen Bezirksverwaltung in Aussig, betreffend die Maifeier in Aussig, die das Datum vom 27. April (!) trägt, finden.

Im Einlaufe befinden sich ferner Antworten von den Regierungsmitgliedern auf Interpellationen unserer Genossen. Eine Interpellation der Abgeordneten Genossen Hackenberg, Taub und Häusler wegen Behinderung des häuslichen Privatunterrichtes in Mähren, beantwortet der Minister für Schulwesen und Volkskultur dahin, daß die gesetzlichen Vorschriften den Eltern grundsätzlich das Recht auf den häuslichen Unterricht ihrer Kinder gewährleisten und daß es daher nicht notwendig erscheint, daß dieses Recht durch den Minister in besonderer Art und Weise betont oder anerkannt werden muß. Eine Interpellation der Abgeordneten Genossen Schäfer, Häusler und Hackenberg wegen der Auflassung der Winterexpositur der Schule in Niedersdorf, Bezirk Landskron, wird vom Schulminister dahin beantwortet, daß lediglich die Wohlmeinungsäußerung des Landesverwaltungsausschusses abgewartet wird, um über die Errichtung der Expositur entscheiden zu können. Eine Interpellation der Abgeordneten Genossen Schweichhardt, Cermak und Beutel wegen der Verhältnisse in der Elbeschiffahrt wird vom Minister für soziale Fürsorge sehr ausführlich beantwortet. Am Schlusse dieser Antwort heißt es:

„Soweit es sich also um die Frage der Schiffbarmachung handelt, kann nicht behauptet werden, daß durch den Bau des Melniker Hafens die obere Moldau-Elbe-Strecke bevorzugt werden würde; im Gegenteil muß angeführt werden, daß nur eine alte Vernachlässigung beseitigt wird, und daß diese Strecke noch viele Kosten erheischen wird, bevor sie so ausgebaut sein wird, wie derzeit bereits die nordböhmischen Umschlagplätze sind. Es genügt, lediglich zum Beispiel auf Raudnitz hinzuweisen, das bisher ohne jegliche mechanische Umschlagseinrichtung ist, oder auf Melnik, wo sich lediglich ein Kran befindet, u. dgl. Ebenso ist die Behauptung unbegründet, daß die nordböhmischen Umschlagsplätze nunmehr vernachlässigt werden. Die Staatsverwaltung wird gewiß im Rahmen der finanziellen Mittel und des Bedarfes an ihre Verbesserung und eventuell auch an den Bau eines Hafens nahe der Landesgrenze schreiten, sobald der Betriebsumfang der nordböhmischen Häfen dies motivieren wird."

In einer Interpellation der Abgeordneten Genossen Cermak, Beutel, Grünzner wegen der Inanspruchnahme von neun Räumlichkeiten der deutschen Mittelschule in Leitmeritz zu Zwecken des tschechischen Reformgymnasiums wird vom Minister Bechyně erklärt, daß die Zahl der deutschen Mittelschüler in Leitmeritz zurückgeht. Dann heißt es:

Es ist daraus ersichtlich, daß zur Unterbringung solcher schwachbesuchter Klassen für die Uebergangszeit kleinere Räumlichkeiten genügen, so daß die größeren Lehrsäle für die vorläufige Unterbringung des tschechischen Reformrealgymnasiums verwendet werden können. Da diese Verfügung nur eine provisorische ist, die nur bis zur Durchführung des Neubaues der genannten Anstalt dauern soll, so liegt kein Grund vor, hievon Abstand zu nehmen.

Minister Bechyně beantwortet dann eine Interpellation der Abgeordneten Genossen Dr. Haas und Jokl wegen der Wiedererrichtung einer deutschen Volksschule in Jablunkau, Ostschlesien. Der Minister sagt, daß die Akten über diese Angelegenheit dem Landesschulrate in Troppau rückgemittelt wurden, damit über die Schulerrichtung berichtet werden könne. Schließlich beantwortet der Eisenbahnminister Stribrny eine Interpellation der Abgeordneten Cermak und Genossen wegen Zurückweisung deutsch ausgefüllter Schülerausweiskarten durch die Staatsbahndirektion in Königgrätz. Der Eisenbahnminister findet, daß „die Königgrätzer Direktion nach den geltenden Vorschriften vorgegangen" sei und daß damit alles in Ordnung läuft.

Unter den Drucken befinden sich schließlich außer dem Finanzgesetz und dem Staatsvoranschlag für das Jahr 1924 eine ganze Reihe von Gesetzesvorlagen. Unter ihnen das Gesetz über die Errichtung eines Postscheckamtes in Brünn, das Gesetz über die Verlängerung der Ersatzleistung für die Ubikationskosten des Militärs, das Gesetz über die Wirksamkeit der Geschworenengerichte in Karpathorußland, das Gesetz über die Strafverhandlung gegen nichtanwesende Personen, das Gesetz über den Währungsschutz, das Gesetz über die Wirksamkeit öffentlicher Notare in der Slowakei und Karpathorußland und viele andere. Viele von diesen Gesetzen sind bereits im Senat behandelt worden. Andererseits gibt es aber auch eine ganze Reihe von Gesetzesvorlagen, die vom Abgeordnetenhaus bereits durchgeraten wurden und die ihrer Erledigung im Senate noch harren.

„Verrat" am Deutschtum. Die Landbündler können sich nicht genug tun darin, die Sozialdemokraten als nationale Verräter hinzustellen. Ueberall, wo sie eine Niederlage bei den letzten Gemeindewahlen erlitten haben, ist der nationale Verrat der Anderen schuld. Es ist unglaublich, was da an Lügen und Verdrehung geleistet wird. Wir wollen an einem Beispiel anführen, was die Landbündler an Entstellungen zu Wege bringen. In der Gemeinde Hradzen wurden bei den Gemeindewahlen drei Kandidatenlisten aufgestellt und zwar: die Liste der Kleinbauern und Häusler, des Bundes der Landwirte und der tschechischen Minderheit. Mit Rücksicht darauf, daß die Tschechen geeint zur Wahl gingen, wurden Stimmen laut, die Deutschen mögen auch eine gemeinsame Liste aufstellen, oder eine Listenkoppelung vornehmen. Die Kleinbauern waren zu Verhandlungen bereit und empfahlen durch ihren Wahlbevollmächtigten eine Koppelung. Die Landbündler setzten aber mit einer wütenden Agitation nicht gegen die Tschechen, sondern gegen die deutschen Kleinbauern ein. Mit Hilfe von Drohungen, Versprechungen, Freibier und anderem glaubten sie nun allein durchzudringen. Es kam also weder zu einer gemeinsamen Liste, noch zu einer Koppelung. Jede Partei stellte eine eigene Kandidatenliste auf. Nun erhielten die Landbündler trotz der ungemein gehässigen Agitation nicht die Mehrheit. Die Kleinbauern und Häusler gewannen fünf Mandate, die Tschechen drei Mandate und die Landbündler sieben Mandate. Und nun schreien aus ganz unerklärlichen Gründen die Agrarier in allen ihren Zeitungen, der Abgeordnete Leibl habe das Deutschtum verraten und gehe mit den Tschechen. Wahr ist aber, daß die Landbündler versteckterweise an die Tschechen herantraten, um ihre Stimmen bei der Vorsteherwahl zu bekommen. Die Tschechen erklärten jedoch, daß ihre Wähler fast durchwegs Arbeiter seien und ihre Stimmen nur für einen proletarischen Kandidaten abgeben können. So wurde Genosse Leibl zum Gemeindevorsteher von Hradzen gewählt. Nun wollen wir noch zeigen, wie das Deutschtum der Landbündler beschaffen ist. In Kosolup hat der Bund der Landwirte seine Liste mit der Liste der nationalen Tschechen gekoppelt. In Krummau hat der gewählte Landbündlersekretär Knechtl den tschechischen Bürgermeisterstellvertreter gewählt. Das sind Tatsachen, denen unsere Agrarier nur dumme, leicht widerlegbare Verleumdungen entgegenzustellen vermögen.

Eine Deutsche Arbeitsgemeinschaft. In der „Deutschen Landpost" lesen wir:

Nach der Sprengung des deutschen parlamentarischen Verbandes haben der Bund der Landwirte, die deutsche christlich-soziale Volkspartei und die deutsch-demokratische Freiheitspartei unverändert ihren Willen bekundet im Kampfe für alle, die Interessen des deutschen Volkes berührenden Angelegenheiten gemeinsam auszuharren.

Seit jener Zeit haben sich die Verhältnisse des deutschen Volkes so gestaltet, daß ein erneuter Zusammenschluß der Kräfte zu gemeinsamer Arbeit umso notwendiger erscheint.

Um daher die politischen Kräfte des deutschen Volkes zum Kampfe gegen Unrecht und Gewalt möglichst zusammenzuschließen, bilden die Klubs der drei obgenannten Parteien, die an den seinerzeit beschlossenen Richtlinien auch nach Sprengung des Verbandes unbeirrt festhalten, eine Arbeitsgemeinschaft. Sie setzen daher für das einträchtige Vorgehen auf parlamentarischem Boden einen gemeinsamen Vollzugsausschuß ein. Dieser soll in wichtigen Fällen durch Beiziehung nichtparlamentarischer Mitglieder der einzelnen Parteileitungen auf das außerparlamentarische Gebiet ausgedehnt und so der Zusammenhang zwischen Parlament und Volk sichergestellt werden.

Diese Arbeitsgemeinschaft läßt die programmatische Selbständigkeit der einzelnen Parteien unberührt. Sie ermöglicht anderen Parteien den Beitritt, die ebenfalls im entschlossenen parlamentarischen Kampfe, in zäher sachlicher Kleinarbeit den Weg zur Erringung der nationalen Selbstverwaltung erkennen.

Stribrny über die Deutschen. In einem Artikel „Nach fünf Jahren" befaßt sich im „Ceské Slovo" Minister Stribrny mit den Deutschen. Er schreibt hiebei unter anderem: Nach fünf Jahren der Existenz dieses Staates will ich zu diesem Kapitel einige Worte sagen: Sie sind nicht diktiert von irgend einem feindlichen oder nationalen Chauvinismus. Ja, im Gegenteil, in dem Augenblicke, wo vor unseren Augen sich die größte Tragödie der großen deutschen Nation abspielt, fühlen wir alle den Schmerz über das Schicksal einer großen Nation, die so viele schöne Eigenschaften hat, aber der der Mut und die Tapferkeit fehlt, die Situation zu erkennen, in die sie durch die Schuld ihrer politischen Führer geraten ist, um daraus die Konsequenzen zu ziehen. Habt keine Angst, daß meine Worte irgendeine Einleitung zu odiösen „Ausgleichsverhandlungen" bedeuten; sie sind unmöglich und hätten auch keinen Wert. Ohne bedingungslose Anerkennung der staatlichen Idee durch unsere Deutschen wird keine Regierung der Tschechoslowakischen Republik sich mit den Deutschen behufs irgendwelcher Verhandlungen zusammensetzen. Und ich glaube nicht, daß die Entwicklung der Ereignisse die Deutschen in absehbarer Frist so weit führen wird. Auch darin offenbart sich die Tragik der deutschen Politik. Wir gehen stürmischen Zeiten entgegen. Und es ist nicht für uns gleichgültig, ob wir ringsherum von Staaten, die sich in Zerfall, und von Nationen, die sich in Verzweiflung befinden, umgeben sind. Niemand weiß, wie Deutschland enden werde, aber wir sind so stark, daß wir uns um unser Schicksal nicht fürchten. Es ist auch möglich, daß Tausende reichsdeutscher Staatsangehöriger aus wirtschaftlichen und politischen Gründen zu uns kommen werden. Besonders für den Fall eines momentanen Sieges der Reaktion. Nicht einmal diesen werden wir die Grenzen sperren."

„Geleitet von den Idealen der reinsten Demokratie" — gegen die Miliz. Minister Udržal schreibt im „Venkov": „Geleitet von den Idealen der reinsten Demokratie haben wir uns selbst gleich zu Beginn unserer Selbständigkeit als das Endziel unseres Wehrsystems die sogenannte (!) Miliz erwählt. Wir denken nicht daran, einer eventuellen Entscheidung der souveränen Nation vorzugreifen, aber so viel ist sicher, daß sich unser Staat vor Einführung der Miliz durch eine richtige Erziehung zuvor der antistaatlichen Elemente entledigen müßte. Keine seriöse Staatsverwaltung könne durch Bewaffnung antistaatlicher Elemente die Grundlagen der Staatsmacht untergraben. Es ist nicht unsere Schuld, wenn wir nicht unsere Deutschen und Ungarn, wie wir es wünschen, durch Handumdrehen in Schweizer Deutsche, Franzosen und Italiener umwandeln können. Vorläufig scheint es, daß vor Einführung der Miliz bei uns noch viele Generationen darüber nachdenken, erwägen und daran arbeiten müssen." — Wirf die Katz', wie du willst — sie fällt doch auf die Füße. Oder: An allem, auch an der Nichteinführung der Miliz, sind die „antistaatlichen Elemente" schuld.

Licht für sich, Schatten für andere. Kramář ließ den 28. Oktober nicht vorübergehen, ohne der von Masaryk und Benesch geführten Auslandsrevolution eins zu versetzen. Er sagt: „Heute können wir schon Licht und Schatten verteilen und jedem geben, was ihm gebührt. . . . Wir alle, die wir für unsere Selbständigkeit gekämpft haben, sei es zu Hause oder im Auslande, haben das geleistet, was wir leisten mußten, wenn wir dem Vermächtnis unseres alten Ruhms, dem tschechischen Heldenkampfe für die Freiheit des Gewissens, treu bleiben wollten. Uns, die wir im Inland mit der österreichischen Soldateska, mit ihren Kerkern und Galgen kämpften, war der Kampf im Auslande eine mächtige Stütze, aber sie wäre vergebens gewesen, wenn das tschechische Volk zu Hause nicht treu und fest geblieben wäre."

läßt Herrn Raffke des Gerafften nicht froh werden. Viele Läden schließen schon um sechs Uhr, um Licht zu sparen, andere kehren zu Petroleum und Oellunzeln zurück. Viele Häuser werden an diesen Herbstabenden geschlossen, sowie es dunkel wird, weil die Mieter die im Umlageverfahren aufgestellte Lichtrechnung nicht mehr bezahlen können. Schilder an den Haustüren stellen es dem Mut des einzelnen anheim, die unbeleuchtete Treppe zu betreten. An den Eisenträgern der Elektrischen sieht man immer mehr Zettel kleben, in denen Habseligkeiten angeboten werden. Neulich fand man eine Frau, die sich mit Gas vergiftet hatte, in einer vollständig kahlen und leeren Wohnung als Leiche. Nachdem sie den letzten Holzstuhl verkauft hatte, blieb ihr nur noch übrig, zu sterben und die Gasrechnung für den Selbstmord schuldig zu bleiben. An vielen Straßenfronten sieht man Läden, in denen alles zu haben ist. Koffer, Glasschalen, Jumper, eine Photographie von Tirpitz, ein englisches Schulbuch, einen Jahrgang „Fliegende Blätter", ausgeleierte Frackhosen, Möbel, Sofas, Lampen, Schuhe ohne Sohlen — das letzte Hab und Gut der Aermsten, die viel, viel derart los werden müssen, bevor sie auch nur für einen Tag Brot haben.

Und dann? Dann werden sie Bettler, sitzen in Lumpen auf dem Pflaster oder schleichen durch das Gewühl, um mit einem flehenden Auge einen Blick zu treffen, der die Bitte versteht. Das ist aus dem deutschen Volke in neun Jahren der luderhaftesten, schamlosesten und betrügerischsten Finanzpolitik des letzten Jahrhunderts geworden. Mußte es so sein? Der Genosse Quessel, einer der besten Kenner der auswärtigen Politik in unserer Partei, weist eben in den „Sozialistischen Monatsheften" nach, daß uns die Sabotage der Erfüllungspolitik in drei Jahren etwa 25 Milliarden Goldmark gekostet hat, während die Gesamtforderung Frankreichs, die sich außerdem auf einen viel größeren Zeitraum verteilt hätte, 26 Milliarden Goldmark beträgt. Es gibt ja auch kaum noch einen ernsthaften Politiker, der nicht die Ursache unseres grauenhaften Elends zumindest in dem wüsten Finanzbetrug des Ruhrkrieges erblicken würde. Nun stehen wir vor einem Scherbenhaufen, und haben nach wie vor außer der gewaltigen äußeren Reparation, von der uns kein Gott befreien kann, die gewaltige innere Reparation zu leisten. Mit dieser Aufgabe auf dem Buckel, müssen wir uns nun aus einem abgrundtiefen Sumpf herausarbeiten!

Und trotz alledem gibt es genug Optimismus und Energie im deutschen Volke. Diese Energie ist es ja, die, weil sie von ganz falschen Ideen geleitet wird, separatistische Kämpfe anzettelt, statt die Kraft zum republikanischen Wiederaufbau zu verwenden. Diese Energie ist in den großen Trustbildungen der Großkapitalisten zu spüren. Und ohne Zweifel würde diese Kraft genügen, auch dem deutschen Volke wieder zu einem glücklicheren Leben zu verhelfen, wenn eine mutige und entschiedene Regierung ohne Scheu vor der nationalistischen Demagogie das deutsche Schicksal so nähme, wie es ist, um den Weg ins Freie zu bahnen. Heute sehen wir, wie tief wir gesunken sind. Keine Schönrederei hilft mehr.

So stehen wir denn an dem Punkt, von dem aus endlich nur zwei Wege weiterführen: Hinunter oder Hinauf.

Frankreich und Belgien — die Drahtzieher der Separatisten.

England lehnt die Anerkennung ab.

London, 29. Oktober. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Das britische Kabinett hatte beschlossen, separatistische Banden nicht in die britische Zone hineinzulassen, und keine separatistische Regierung anzuerkennen. Die britischen Zivil- und Militärbehörden seien angewiesen worden, in diesem Sinne zu handeln ohne Rücksicht darauf, ob die französischen und belgischen Behörden ein unabhängiges Rheinland oder eine unabhängige Pfalz anerkennen oder nicht. Ebenso bestehe keine Absicht, der französisch-belgischen Regie die Kontrolle über die deutschen Beamten und Eisenbahner im Kölner Gebiete zu übergeben. Britische Beobachter im besetzten Gebiete berichten, daß die französischen örtlichen Behörden einige der separatistischen Gruppen unterstützen. Auch die belgischen Ortsagenten seien sehr zweifelhaft.

Der Kölner Sonderberichterstatter der „Times" schreibt, man sei der Ansicht, daß das belgische Kabinett abgeneigt scheine, die Separatisten anzuerkennen. Ihre französischen Anhänger hätten aber einer zweitägigen Verschiebung der Anerkennung widerstrebend zugestimmt. Es sei beschlossen worden, in der Zwischenzeit den Terror zu verstärken und den Willen der deutschen Bevölkerung zu brechen.

Kahr verbietet das Münchner Parteiorgan.

München, 29. Oktober. (Eigenbericht.) **Die sozialdemokratische „Münchner Post" ist wegen der Veröffentlichung zweier Artikel, die sich mit Bayerns Reichstreue und den Judenausweisungen aus Bayern befassen, bis auf weiteres vom Generalstaatskommissar verboten worden. Im Gegensatze zu diesem Vorgehen steht die liebevolle Behandlung, die den Nationalsozialisten zuteil wird. Mit Billigung Kahrs marschierten gestern wieder Hitlers Sturmtruppen mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen zum Militärschießplatz, um dort ihre Uebungen abzuhalten.**

In Bayern steht der Feind.

Berlin, 29. Oktober. Wie das „Achtuhr-Abendblatt" aus Köln berichtet, erklärte dort Reichsinnenminister Sollmann einem Vertreter der „Rheinischen Zeitung": Seit Samstag ist die innerpolitische Krise in ein entscheidendes Stadium getreten. Ein Dauerzustand der Verfassungswidrigkeiten zwischen dem Reiche und den Ländern wird ohne sozialdemokratische Minister ertragen werden müssen. Bayern habe nun das Wort. Seine Entscheidung kann die Brücke schlagen oder Abgründe aufreißen. Das Letztere sei leider wahrscheinlich. Der Möglichkeit, daß die Gegenrevolution von Bayern her nach Norddeutschland weitergetragen werde, und zwar möglicherweise auch unter dem Zeichen des weißen Terrors, muß klar ins Auge gesehen werden.

Gott behüte, kein Ultimatum!

München, 29. Oktober. (Wolff.) Von Regierungsseite wird die Mitteilung der Reichsregierung vom 24. Oktober an Knilling nicht als Ultimatum aufgefaßt. Man ist der Meinung, daß auch die Reichsregierung die Mitteilung nicht als solche aufgefaßt wissen will. Zur Zeit weilt der Gesandte von Preger zwecks mündlicher Berichterstattung in München. Der Ministerrat, der für Montag angesetzt war, findet Dienstag statt. Die bayrische Staatsregierung wird voraussichtlich morgen zur ganzen Angelegenheit Stellung nehmen.

Schreckensurteile gegen Jugendliche

Roßbach und Ehrhardt auf freiem Fuß — ein Zwanzigjähriger zum Tode verurteilt.

Berlin, 28. Oktober. Nach dem „Berliner Tageblatt" hat das Hamburger außerordentliche Gericht zur Aburteilung der verhafteten kommunistischen Aufrührer den Angeklagten Thorell wegen Hochverrats und Aufruhrs zum Tode und fünf weiter Angeklagte wegen Landfriedensbruch und Plünderns zu Freiheitsstrafen verurteilt. Es handelt sich durchwegs um Leute von durchschnittlich 20 Jahren.

Täglicher Massenmord.

Bochum, 27. Oktober. (Havas.) Bei Versuchen Arbeitsloser, ein Kohlenlager zu plündern, kam es zu Zusammenstößen, bei welchen vier Personen getötet und 16 verletzt wurden.

Gelsenkirchen, 27. Oktober. (Havas.) Hier kam es zu Plünderungen. Die Polizei „zerstreute" die Arbeitslosen, wobei es Verwundete gab.

Dresden, 28. Oktober. (Wolff.) Zu den ernsten Straßenkämpfen in Freiberg wird noch ergänzend berichtet: Von den Teilnehmern an den Kundgebungen und Mitläufern sind 23 tot. 31 Verwundete wurden bisher in das Krankenhaus eingeliefert, die Reichswehr hatte zwei Tote.

Stinnes hat mit den Franzosen abgeschlossen.

Berlin, 28. Oktober. Nach hieher gelangten Informationen sind die letzten Verhandlungen der Stinnesgruppe mit den Franzosen zum Abschluß gekommen. Die deutschen Industriellen haben auch die Zahlung der Kohlensteuer übernommen. Es ist ihnen dabei zugesagt worden, daß die Kohlensteuer nur dann bezahlt zu werden braucht, wenn es sich herausstellt, daß die Industrie hiebei wirklich bestehen kann. Darnach soll die für Montag angekündigte Stillegung der Zechen nicht eintreten. Der Wolffkonzern und eine Reihe kleinerer Zechen haben die Kohlensteuer für die Zeit seit dem Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet bereits bezahlt.

Caillaux fürchtet einen neuen Weltkrieg.

Valenciennes, 29. Oktober. (Havas.) Der ehemalige Ministerpräsident Caillaux erklärte in einer Rede, er würde nicht beistimmen, daß Frankreich um die deutschen Reparationen gebracht werde und ohne Sicherheiten bleibe. In Besprechung des Reparationsproblems erklärte Caillaux, daß die Reparationslast eine Zivilisationsschuld ist und daß er nichts Ungebührliches in der Zerreißung Deutschlands sehen würde, wenn dessen Zerstückelung ein spontanes Werk der Einzelstaaten wäre, denen es freisteht, über sich selbst zu disponieren; er befürchtet aber ein Manöver, unter dessen Maske sich die Flamme eines neuen riesigen Brandes verbirgt.

Der dieswöchentliche Poincaré.

Schlechte Aussichten für die Interalliierte Konferenz.

Paris, 29. Oktober. In einer Rede, die Poincare in Sampigny hielt, kam er auf die separatistische Bewegung zu sprechen und sagte: Wir haben es stets vermieden, uns in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen, welches auch künftig die Verfassung Deutschlands sein möge, niemals wird uns der Gedanke kommen, das Gewissen der Bevölkerung zu vergewaltigen. Wir nähren keinerlei Annexionsabsichten, denn wir werden nicht verzichten, dauernd Sicherheitsgarantien zu verlangen. In seinen weiteren Ausführungen wendete sich Poincare ausdrücklich an die Verbündeten Frankreichs: „Was erwarten wir von unseren Alliierten", fragte er, „lediglich die Beachtung des Friedensvertrages, den sie gemeinsam mit uns unterzeichnet haben. Die deutsche Schuld ist von der Reparationskommission gewissenhaft festgesetzt worden. Die Festsetzung ist endgültig und da sie in Ausführung des Friedensvertrages vorgenommen wurde, kann sie nicht mehr ohne ihre Zustimmung abgeändert werden. Frankreich hat zu viele Prüfungen durchgemacht, um zu dieser Herabsetzung seine Zustimmung zu geben.

Poincare antwortete dann im besonderen auf die letzte Rede des englischen Premierministers. Wie der englische Premierminister, so wünschen auch wir, daß die Vereinigten Staaten von Amerika sich bereit finden, sich nicht völlig abseits von der europäischen Politik zu halten. Worüber würde jedoch eine internationale Konferenz beraten? Wie würde sie zusammengesetzt sein, welches Zusammenwirken würde zwischen uns und den Regierungen oder der Reparationskommission bestehen? Welches wäre ihre Kompetenz? Das alles sind Fragen, die sich mir gleich zu Beginn meiner Erwägungen aufgedrängt haben, und die zu lösen, mir nicht gelungen ist. **Wenn die englische Regierung wirklich nicht daran denkt, uns das Ansinnen zu stellen, Deutschland einen Sitz in der Konferenz zu gewähren, von der sie spricht,** wenn sie, wie wir hier, **lediglich** den Wunsch hat, die Mitwirkung der Vereinigten Staaten zu erlangen, so fällt es uns sehr leicht, uns über ein Gebiet zu verständigen, das in Paris wie in Washington, in Brüssel und in Rom bereits ins Auge gefaßt wurde. Die Reparationskommission ist da; sie nimmt alle Tage Untersuchungen vor. Ohne etwas unerhört neues zu tun, steht es ihr frei, den offiziösen Delegierten der Vereinigten Staaten um die Ernennung der amerikanischen Sachverständigen zu bitten. Das alles im Rahmen des Friedensvertrages von Versailles. Wir aber können uns nicht damit einverstanden erklären, daß der Reparationskommission ihre Zuständigkeit entzogen werde, oder daß man sie durch ein Organ ersetzt, in dem unser Einfluß, der schon so wie so hinter unseren Interessen zurückbleibt, eingeschränkt wird. Die **Grenze unserer Zugeständnisse ist erreicht.**

Tages-Neuigkeiten.

Das „Prager Tagblatt" am Sonntag.

Wir wollen dem „Prager Tagblatt" diesmal eine ganze Spalte widmen und wörtlich abdrucken, was es am letzten Sonntag unter dem Titel „Der Gentleman" (über eine ganze Breitseite) seinen Lesern zu melden wußte. Man höre:

„Es ist keine Uebertreibung. Von zehn Herren wissen neun nicht, was und wie man sich bei den verschiedenen Gelegenheiten anzieht, wissen kaum, was Mode ist und müssen sich vollständig auf ihren Schneider verlassen; und können von Glück sagen, wenn der es weiß. Mancher Meister weiß wohl, wie der Anzug passen muß, aber die Farbe, das Muster, die Zusammenstellung sind ihm verborgene Geheimnisse.

Besonders die jungen Herren sind in dieser Beziehung übel daran. Ihnen fehlt die Tradition, die Kinderstube, in der Selbstverständlichkeit war, was ihnen Problem ist. Der junge Mann hat ein Auto, vielleicht eine nette Freundin, aber jedesmal, wenn er ausgeht, oder einer Einladung folgt, schwitzt er Blut, weil er nicht weiß, was er anziehen soll. Und was immer er tut, es ist verkehrt.

Also einige Richtlinien, die vielleicht willkommen sein werden: Ist man zum Tee geladen, so nimmt man das wieder modern gewordene Jackett mit einer gestreiften, aber nicht zu hellen Modehose. Dazu eine lange, gebundene Krawatte, keineswegs eine gestrickte, sondern aus schwerer Seide. Vornehme Schneider empfehlen den Jackettanzug, der nicht grau und nicht meliert sein darf, sondern schwarz, mit der gleichen schwarzen Hose. Das ist der elegante Anzug für das Restaurant, formellen Besuch, zum Tanz in der Bar und ähnlichen Festen. Als Schuhe kommen selbstverständlich schwarze Schuhe mit Tuch oder Wildlederbesatz in Betracht, aber auch Halbschuhe sind kein Verstoß. Dagegen **verbrecherisch** geradezu ein brauner oder sonstig gefärbter Schuh im Salon. Dafür gibt es keine Entschuldigung. Die Strümpfe sollten in irgendeinem harmonischen Einklang mit dem bunten Seidentaschentuch und mit der Krawatte sein. Aber nur diskret angedeutet. Hat man keinen Jackettanzug, oder weiß man, daß er einem nicht gut steht, so kann man noch immer einen dunklen Sakkoanzug, zu dem man aber Halbschuhe trägt, anziehen. **Um Himmelswillen nicht** etwa ein dunkles Sakko und dazu eine Modehose, sondern beides aus dem gleichen Stoff.

Zum Smoking, der jetzt wieder in die Taille geschnitten und auf einen Knopf gearbeitet ist, gehören Lackpumps, wenn man tanzt, und Lackschuhe mit Ripseinsatz wenn man nicht tanzt. Lackhalbschuhe sind zulässig, aber nicht ganz korrekt.

Zum Frack hingegen kommen nur Lackpumps oder Lackschuhe mit Einsatz in Betracht. Gewöhnliche Lackhalbschuhe sind unmöglich. Beim Smoking hat der schwarze Selbstbinder, beim Frack der weiße sehr schmal zu sein.

Im Bureau ist der melierte Shetland, der Marengo, Pfeffer- und Salz-Cheviot, mit leicht abstechenden Gilet nicht unelegant. Der langweilige dunkelblaue Anzug, nie ein Fehler. Solange der Raglan oder der Ueberzieher noch saisonmäßig sind, kann ein gestreifter Anzug getragen werden — die gestreifte Hose zum Winterrock, oder gar zum Pelz ist für den Gentleman ausgeschlossen.

Pelze werden mit Nerz, Iltis oder Persianer gefüttert, ganz aus der Mode ist der Seadisam, der nur der vorletzten Generation zu tragen erlaubt ist.

Die Form ist ein Raglan, der wie ein Winterrock aussieht. Das kleine Pelzjackl ist zum sportmäßigen Anzug zulässig; dazu der grüne Hut.

Hüte sind eine Katastrophe. Leichter ist eine Frau zu finden, die einen paßt, als ein Hut. Selbst ein Habig kann enttäuschen und verunstalten. Drum prüfe . . . Wie man es bei Einladungen zu halten hat, ist nicht leicht zu entscheiden. Ist man zum großen Souper feierlich eingeladen, so wird man nie einen Verstoß begehen, wenn man Frack anzieht, und ein pünktliches Erscheinen Höflichkeit. Lautet die Einladung für neun Uhr zum „après", so kommt man nicht vor zehn und ziehe, wenn die Hausfrau nicht ausdrücklich versichert, daß es „ganz gemütlich" sein wird, den Smoking an. Zu Bridgepartien ist der schicke Hausmoking aus weichem Stoff eine elegante Pikanterie, in der Familie der Jackettanzug beliebt. Man rasiere sich unbedingt vor jedem Besuch, habe Kleingeld für das Dienstpersonal und den Portier bei sich und lehne nicht ab, wenn die Erfrischungen hereingebracht werden, sondern greife herzhaft zu. Es ist ein Zeichen von gesellschaftlicher Unsicherheit, wenn man schüchtern ist. Das soll aber nicht besagen, daß man wie ein Wolf fressen oder ohneweiters die Hausfrau mit einem kollegialem Händedruck begrüßen kann. Der angedeutete Handkuß führt artig ein."

Zur Illustration sind handspannegroß die Bilder von vier solchen Gentlemans unter demselben Titel abgedruckt.

Dies alles zur Zeit einer jahrelangen Wirtschaftskrise, bei Massenarbeitslosigkeit im Inland und der gewaltigsten Katastrophe des Jahrhunderts jenseits der Grenze! Lassen wir Lassalle diese Presse charakterisieren, der vor fast genau sechzig Jahren seine Rede an die Düsseldorfer Arbeiter mit folgenden Worten schloß:

„Halten Sie fest, mit glühender Seele fest an dem Losungswort, das ich Ihnen zuschleudere: Haß und Verachtung, Tod und Untergang der heutigen Presse! Es ist das eine kühne Losung, ausgegeben von einem Manne gegen das tausendarmige Institut der Zeitungen, mit welchem schon Könige vergeblich kämpften! Aber so wahr Sie leidenschaftlich und gierig an meinen Lippen hängen, und so wahr meine Seele in reinster Begeisterung erzittert, indem sie in die Ihrige überströmt, so wahr durchzuckt mich die Gewißheit: **Der Augenblick wird kommen, wo wir den Blitz werfen, der diese Presse in ewige Nacht vergräbt!!!**

Eine Entlarvung der deutschnationalen „Mieterfreunde". In der letzten Sitzung der Komotauer Stadtvertretung kam es zur Verhandlung einiger dringlicher Anträge, bei deren Abstimmung die deutsche Wahlgemeinschaft in Trümmer ging und die deutschnationalen „Mieterfreunde" eine schmähliche Niederlage über sich ergehen lassen mußten. Nach Erledigung der Tagesordnung kam unter anderem auch ein Antrag zur Abstimmung, nach welchem den in Komotau wohnhaften Bergarbeitern, die durch den letzten Streik in Notlange geraten sind, ein Betrag von 20.000 Kronen für Kleider und Naturalien zur Verfügung gestellt werden soll. Zu diesem Antrage stellte Genosse Reichelt den Zusatzantrag, den Betrag auf 30.000 Kronen zu erhöhen und ihn der Ortsgruppe Komotau der „Union der Bergarbeiter" zur Verteilung zu überweisen. Bei der Abstimmung wurde die Erhöhung auf 30.000 Kronen bewilligt, während die Heranziehung der „Union" mit den bürgerlichen und nationalsozialistischen Stimmen abgelehnt wurde. Nach Erledigung dieses Antrages beantragte der Nationalsozialist Bachmann, die Stadtvertretung möge eine Entschließung gegen den auf dem kürzlich stattgefundenen Wohnungsfürsorgetag angekündigten Abbau des Mieterschutzes fassen. Da zeigten sich nun die Vertreter der Hausherren im rechten Lichte. Einer von ihnen erklärte, daß dann, wenn das Bauen nur mehr sechsmal so teuer sein wird als in Friedenszeiten, der „normale Zustand" erreicht sein wird, und das Mieterschutzgesetz in sich zusammenbricht (!). Als Gen. Weigel den Zusatzantrag stellte, die Stadtvertretung möge in ihrer Entschließung aussprechen, daß sie gegen jede Verschlechterung des Mieterschutzgesetzes Stellung nimmt, geriet der Deutschnationale Dr. Doberauer in furchtbare Wut und erklärte, in halbverschluckten Sätzen, daß ja der Mieterschutz auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sei, daß seine Partei für die Wiederherstellung des Privatbesitzes eintrete, und daß einmal die Zeit kommen muß, wo der Mieterschutz aufgehoben wird. Wir (die Deutschnationalen) sind nur gegen die bedingungslose Aufhebung, solange nicht genügend Wohnungen vorhanden sind.(!) Durch diese Selbstentlarvung hat der deutschnationale „Mieterfreund" die Sache aber vollständig verfahren. Bei der Abstimmung stimmten 26 Stadtverordnete gegen die Verschlechterung des Mieterschutzgesetzes, der ursprüngliche und durch den Genossen Weigel entsprechend ergänzte Dringlichkeitsantrag fand mit dieser großen Mehrheit Annahme. Bei der Abstimmung ging auch die so oft gepriesene deutschen Volksgemeinschaft in Trümmer, die deutsche Nationalpartei löste sich in ihre Bestandteile auf. Gegen die Verschlechterung des Mieterschutzes stimmten außer den Sozialdemokraten, die Kommunisten, die Nationalsozialisten, die Tschechen und die Beamten- und Angestelltenvertreter und Herr Pecher von der Nationalpartei. So hat die Internationale der Mieter einen glänzenden Sieg erfochten, die völkischen Hausbesitzervertreter und die nationalsozialistischen Unglücksraben, die mit ihrem Antrag die Geschichte eingebrockt hatten, gingen nach Schluß der Sitzung mit roten Köpfen von dannen.

Für eine Lungenheilstätte im Karlsbader Gau. In der letzten Sitzung der Bezirksverwaltungskommission Karlsbad wurden folgende vom Genossen de Witte begründete Anträge einstimmig angenommen: Die Bezirksverwaltungskommission beschließt im Prinzipe eine Lungenheilanstalt für den Gau Karlsbad zu errichten, wenn die notwendige Unterstützung durch die in Betracht kommenden Faktoren gesichert wird. Weiters wird ein vorbereitendes Komitee eingesetzt, in dem alle an diesem Projekte interessierten Körperschaften vertreten sein werden, das die statistischen und sonstigen Vorabeiten für die Errichtung der Lungenheilstätte leisten und einen diesbezüglichen Plan ausarbeiten soll. Für die Presse wird ein Aufruf ausgearbeitet, in dem die Notwendigkeit der Errichtung der Heilstätte dargelegt und in dem alle Körperschaften aufgefordert werden, sich mit dieser Frage zu befassen und die Bereitstellung entsprechender Mittel vorzusehen. Nach Beendigung der Vorabeiten des Komitees soll eine Konferenz der Bezirke und Gemeinden und aller sonstigen interessierten Körperschaften einberufen werden, welche alle weiteren, für die Verwirklichung des Projektes geeigneten Beschlüsse zu fassen haben wird. Wie unser Karlsbader Bruderblatt meldet, hat bereits eine Reihe von Bezirken und Städten sich zu diesem Projekte zustimmend geäußert, so daß jetzt nach dem Beispiele, das die Karlsbader Bezirksverwaltungskommission gegeben hat, zu hoffen ist, daß das Projekt bald verwirklicht werden wird.

400 deutsche Schulen in Südtirol verloren. Aus Innsbruck wird gemeldet: Die Blätter veröffentlichen einen Protest der südtiroler deutschen Abgeordneten gegen das Dekret, womit in den ersten Klassen aller Volksschulen Südtirols das Italienische als Unterrichtssprache eingeführt wird. Es seien damit 400 deutsche Schulen dem Untergange geweiht.

Wohnungsnot auch in New York. Nach amerikanischen Blättern befinden sich zur Zeit in New York rund 750.000 Personen, die keine Wohnung haben. Die Obdachlosen sind zum Teil bei Verwandten und Freunden untergebracht, während ein anderer Teil bei Mutter Grün sein Unterkommen sucht und selbst auf den Dächern der Häuser kampiert. Der Senator Copland, der frühere Leiter des New Yorker Hygiene-Amtes, hat die Aufmerksamkeit der Behörden auf diesen Notstand gelenkt, unter Hinsicht auf die Gefahren, die der Ausbruch einer Seuche für die übervölkerten Stadtteile heraufbeschwören müßte.

Es war ja nur ein Lokomotivheizer . . . Auf der Wettinger Eisenbahnbrücke in der Schweiz ereignete sich dieser Tage ein Bahnunglück, bei dem der Lokomotivheizer Schaffner getötet wurde. Zu diesem Unglücksfall schreibt unser Züricher Bruderblatt: Die Leiche des verunglückten Lokomotivheizers Schaffner wurde morgens zirka um 6 Uhr gefunden. Um halb 9 Uhr kam das Bezirksamt und nahm dieselbe in Augenschein. Nach dieser amtlichen Verrichtung hätte man doch annehmen dürfen, die Leiche würde in einem Hause oder in dem in nächster Nähe liegenden Bahnhof Wettingen, wo genügend Platz vorhanden gewesen wäre, aufgebahrt. Aber weit gefehlt; nachmittags 2 Uhr lag der Verunglückte noch am gleichen Orte, wo er hingestürzt war, mit einer Wagendecke zugedeckt, ohne Wache. Jedermann konnte ihn besichtigen. In der Gemeinde Wettingen, die die unentgeltliche Beerdigung eingeführt hat, war ein einziger Sarg vorhanden und der war zu klein, und so mußte man mit der Einsargung zuwarten bis nachmittags nach 2 Uhr. Dieser krasse Fall zeigt, wie gewisse Vorgesetzte der Schweizerischen Bundesbahnen das Leben und die anstrengende, aufopfernde, langjährige Arbeit eines Heizers würdigen, der ein Opfer des Berufes wurde. Hätte es sich in diesem Falle um ein höheres Wesen gehandelt, dessen Leiche wäre in kürzester Zeit in Obhut genommen worden, aber einem gewöhnlichen Arbeiter läßt man liegen wie einen Hund.

Prager Chronik.

Die Mietzinserhöhung in Groß-Prag.

Der Stadtrat der Hauptstadt Prag hat durch eine besondere Kundmachung die Quote festgesetzt, bis zu welcher gemäß den Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes vom 26. April 1923 eine Erhöhung des Mietzinses zulässig ist. Bekanntlich unterscheidet das Gesetz zwischen alten und neuen Mietern; als alter Mieter wird derjenige betrachtet, der die Wohnung schon vor dem 1. Mai 1922 inne hatte. Der Aftermietzins mit Nebengebühren darf den Mietzins mit Nebengebühren nicht übersteigen. Die Kundmachung bezieht sich nicht auf Wohnungen, die auf Grund einer Baubewilligung, die nach dem 27. Jänner 1917 erfolgte, errichtet wurden.

*

Aus dem Polizeibericht.

Der Prager Stadtrat hat einmütig beschlossen, daß die Bewilligung für die Veranstaltungen von Geldsammlungen in den Straßen Prags nur unter der Bedingung der persönlichen Garantie der Veranstalter und einer wirksamen Kontrolle dafür bewilligt werden sollen, daß das gesammelte Geld seinem Zwecke zugeführt wird. Die Sammlungen sollen nur ausnahmsweise gestattet werden. Kinder dürfen zu denselben nicht verwendet werden. — Die 22jährige Näherin Marie Beran aus Zizkow hatte eine Bekanntschaft mit dem 25jährigen im Gaswerk von Zizkow beschäftigten Skutan. Da Skutan die Beran sehr schlecht behandelte, wollte sie die Bekanntschaft mit ihm abbrechen. Als Skutan sie überreden wollte, mit ihm seldeinwärts gegen Wackow zu gehen, sie aus Angst sich weigerte, zog Skutan ein Küchenmesser und versetzte der Beran Stiche in Brust und Bauch. Als die Beran um Hilfe rief, brachte er ihr eine tiefe Schnittwunde an der linken Hand bei. Blutüberströmt suchte sich das Mädchen nach Hause zu schleppen, fiel jedoch entkräftet zusammen. Im Allgemeinen Krankenhause wurden ihre Verletzungen als ernst bezeichnet. Nach Skutan wurden eingehende Nachforschungen eingeleitet. Er wurde noch am Samstag in den späten Abendstunden auf dem Boden liegend und über Magenschmerzen klagend aufgefunden. — Sonntag mittags wurde in Podol die Leiche eines 35jährigen Mannes aus der Moldau gezogen. Allen Anzeichen nach scheint es sich um die Leiche jenes Einbrechers zu handeln, der kürzlich in das Radotiner Postamt gedrungen war; wie wir damals berichteten, war jener Dieb auf der Flucht in die Moldau gesprungen. — Sonntag vormittag erlitt ein von Krč kommendes Auto bei der Schlechtaschen Ziegelei eine Panne und mußte die Fahrt unterbrechen. Auf Wunsch der Insassen — es waren dies fünf Personen — wurde der Kraftwagen in den Hof der Ziegelei geschafft, worauf sich die fünf Unbekannten entfernten. Da sich bis zum Abend niemand um das Auto meldete, ließ die Polizei das Fahrzeug in den Gemeindehof nach Nusle bringen.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt. Es empfiehlt sich außerdem auf dem Erlagschein auch noch die auf der Zeitungsadresse angeführte

Evidenznummer

anzuführen.

Die Bezugsgebühr beträgt monatlich Kč 16.—, vierteljährig Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.— und ist stets im vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbetrag muß längstens bis 7. in unserem Besitz sein und ersuchen wir dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Kleine Chronik.

Amerikanische Rekordmanie. In Montreal stellte, wie amerikanische Blätter zu berichten wissen, unlängst ein beintüchtiger Herr einen Weltrekord im Spazierengehen auf, indem er zweiundvierzig Stunden in den Straßen der Stadt promenierte. Herr Kilbane aus Chicago verfiel auf eine noch originellere Idee. Er begann zu pfeifen und pfiff ohne Unterbrechung nicht weniger als 18 Stunden 30 Minuten, womit er zweifellos einen „Weltrekord" im Dauerpfeifen aufgestellt hat. Der neunzehnjährige Louis M. Franco spielte kürzlich ohne Unterbrechung 57 Stunden 40 Minuten Billard und erzielte in dieser Zeit die respektable Zahl von 5500 Punkten, während sein schärfster Konkurrent, der Meisterspieler Rodolfo Flores, es „nur" auf 52½ Stunden und 2500 Punkte brachte.

Verwendung alter Paläste in Sowjetrußland. Die prachtvollen Paläste und Landsitze der russischen Zaren und Magnaten sind seit der Revolution von 1917 teils von der Sowjetregierung beschlagnahmt, teils dem Verfall preisgegeben. Neuerdings hat das Bildungskommissariat viele dieser Schlösser als kulturgeschichtliche Museen eingerichtet und von dieser Kulturarbeit ist in der Sowjetpresse gern die Rede. Dennoch konnte es geschehen, daß der großartige Sommerpalast an der Ochta in Petersburg so vollständig in Verfall geriet, daß auch die Rote Armee ihn nicht mehr wie bisher als Kaserne benützen wollte. Dieser von der Kaiserin Katharina II. erbaute Palast wäre wahrscheinlich völliger Verwahrlosung verfallen, wenn nicht die Gesellschaft „Alt-Petersburg" sich seiner angenommen hätte. Er wurde restauriert und soll nun als Konzerthaus und Erholungsklub für Arbeiter dienen. Der Palast zeichnete sich durch das schöne Einfahrtstor und die Kolonnaden mit korinthischen Säulen aus. Die Innenräume sind zum großen Teil in Marmor und Gold gehalten. Der Palast wurde später Potjemkin geschenkt und gehörte zuletzt der Adelsfamilie Besobrasow.

Luftfeuchtigkeit und Wohlbefinden. Der Umstand, daß sie die trockene Zimmerluft als den Atmungsorganen schädlich ansehen, veranlaßt viele Menschen, auf Oefen oder Heizkörpern Wasserschalen aufzustellen. Weil sie leicht eine trockene Kehle bekommen, sobald sie sich längere Zeit im Zimmer aufgehalten haben, glauben sie, der allzu geringe Feuchtigkeitsgehalt der Luft sei hierfür verantwortlich zu machen. Indessen liegen hier ganz andere Ursachen zugrunde. Menschen, die an einem „trockenen Gefühl" im Halse leiden, behaupten oft, daß sie die Trockenheit förmlich schmecken könnten. Diese Beobachtung führt in vielen Fällen auf den wahren Grund der Sache. Gewöhnlich handelt es sich nämlich um nichts weiteres, als eine Art von Trockendestillation der auf der Wärmeleitung befindlichen Staubteilchen. Dieser Staub, der in der Hauptsache durch die Fenster hereinfliegt, enthält Harnstoffe, die bereits bei ziemlich niedrigen Wärmegraden ausdestillieren. Die Aufstellung von Verdunstungsschalen zur Beläftung des Trockenheitsgefühls hat, wie erwiesen ist, in den allermeisten Fällen höchstens suggestive Wirkung. Die Luft, die wir ausatmen, ist ja stets mit Feuchtigkeit gesättigt, und da Wasserdampf leichter ist als Luft, strebt sie in die Höhe und das um so schneller, je trockener die Luft ist. Je feuchter die Luft ist, desto schwerer entfernt sich also die ausgeatmete Luft vom Ausatmungskreis, und wenn auch diese verbrauchte Luft an sich kein starkes Gift darstellt, so ist doch ihre schädliche Wirkung auf den Körper recht bedeutend und kann in gewissen Fällen die wichtigsten Funktionen des Körpers stören. Das ist ja auch eine wohlbekannte Erfahrung aus allen Fabriken, wo die Arbeit bei großer Wärme und hoher Luftfeuchtigkeit vor sich geht, wie bei Bäckereien, Waschanstalten, Baumwollwebereien, Gruben usw. In solchen Betrieben ermüden die Arbeiter sehr schnell und die Leistungsfähigkeit ist beeinträchtigt. Welcher Feuchtigkeitsgrad vom hygienischen Standpunkt aus der beste ist, hängt von der Temperatur ab. In geheizten Räumen von 18 bis 20 Grad Wärme ist nach Professor Rubner ein Feuchtigkeitsgehalt von 40 bis 50 Prozent wünschenswert, vorausgesetzt, daß man sich dort in leichter Kleidung und bei unbewegter Luft und körperlicher Ruhe aufhält. Das Trockenheitsgefühl in Räumen mit Zentralheizung ist oft nichts als ein Reizzustand der Luftwege durch den Staub, der von den Heizkörpern aus in Bewegung gesetzt wird. Die Verdunstungsschalen machen freilich die Luft feuchter, vermögen sie jedoch keineswegs zu verbessern. Es ist daher das größte Gewicht darauf zu legen, Zentralheizkörper so staubfrei wie möglich zu halten.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Verbandstag Allgemeiner Mieterschutzvereine.

Am 27. und 28. Oktober tagte im Bogenschützenhaus in Böhm.-Leipa ein außerordentlicher Verbandstag der Allgemeinen Mieterschutzvereine mit deutscher Geschäftssprache in der tschechoslowakischen Republik. Vertreten waren 36 Orte mit 10.667 Mitgliedern durch 96 Delegierte. Die Beratungen waren am ersten Tage vertraulich und beschäftigten sich in der Hauptsache mit der Reorganisation des Verbandes, der bisher auf föderativer Grundlage bestehend, in eine Zentralorganisation mit Ortsgruppen anstelle der bisherigen selbständigen örtlichen Vereine umgewandelt wurde. Diese Umbildung vollzog sich nicht widerspruchslos, da nur 36 Stimmen für die Zentralisierung, 24 aber dagegen waren. Der Abstimmung enthielten sich 30 Stimmberechtigte. Die künftige Beitragsleistung wurde für das Mitglied pro Jahr mit Kč 18.— festgesetzt. Infolge dieser Beschlüsse nahm eine größere Anzahl der Delegierten an den Beratungen des nächsten Tages nicht mehr teil und es ist sehr fraglich, ob sich alle bisherigen örtlichen Mieterschutzvereinigungen den neuen Bestimmungen unterordnen werden.

In der öffentlichen Tagung, an welcher für den Parteivorstand Abgeordneten- und Senatorenklub der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Genosse Schuster, für den Deutschen Gewerkschaftsbund Genosse Schäfer teilnahmen, sollte über Taktik und Ziele der „Mieterorganisation", „Wohnungspolitik der Gemeinde und Parlament" und „Ueber unsere Forderungen zu neuen Mieterschutzgesetzen" verhandelt werden. Es wurde jedoch nur über die Mieterschutzgesetzgebung gesprochen und alles Andere wurde über Wunsch der von den Vortagsberatungen sehr ermüdeten Delegierten von der Tagesordnung abgesetzt. Der Referent zu diesem Gegenstande, Herr Hlawatschek aus Reichenberg, beschäftigte sich in den Eingangs- und Schlußausführungen in der Hauptsache mit einzelnen Bestimmungen des derzeitigen Mieterschutzgesetzes, welche nach seiner Ansicht schwere Schädigungsmöglichkeiten für die Mieterschaft beinhalten und daher verbessert bzw. im Wege der Gesetzgebung beseitigt werden müssen. Außerdem verlangte der Redner das Wiederinkrafttreten des Beschlagnahmegesetzes. Die Debatteredner ergänzten die Ausführungen des Referenten oder brachten örtliche Mißstände zur Sprache. So versuchte man in Aussig einen Mieter zu delogieren, dessen Frau hochschwanger war. In Tannwald sind Mietzinsforderungen bis zu 700 Prozent zu konstatieren. Besonders triste Verhältnisse herrschen in Gablonz, in Reichenberg wurden innerhalb 9 Monate 1297 möblierte Wohnräume privat und nur 287 unmöblierte Wohnungsbestandteile frei vermietet.

Eine größere Anzahl von Anfragen und Beschwerden wurden auch an den der Tagung bei wohnenden Sektionschef des Fürsorgeministeriums, Herrn Dr. Kubista gerichtet. Der Herr Sektionschef, der erklärte, nicht im Auftrage der Regierung, sondern aus eigenem Antriebe gekommen zu sein, beantwortete die ihm gestellten Fragen und beschäftigte sich sodann mit der Frage der Bauförderung, Mieterschutz und Wohnungsbeschlagnahme. Insoweit sich Herr Dr. Kubista in der Wiederholung seiner am Komotauer Wohnungsfürsorgetag gehaltenen Rede erging, erübrigt sich eine neuerliche Registrierung. Nachdem aber Herr Dr. Kubista auf dieser Tagung noch ein Stück weiterging und das Ergebnis seiner Ausführungen in der Hauptsache dahingehend ausklang, daß die Mietpreise der Althäuser in ein ausgleichendes Verhältnis zu jenen neuerbauter Wohnungen gebracht werden muß, ferner, daß infolge der stark herabgeminderten Baukosten, die sich bis Ende 1924 wahrscheinlich auf das Sechsfache des Friedenspreises herabgehen dürften, daher die Voraussetzungen für den Weiterbestand des Bauförderungsgesetzes nicht mehr gegeben erscheinen. Mit kurzen Worten: Die Regierung beabsichtigt, das Bauförderungsgesetz zu beseitigen. Auch das Beschlagnahmegesetz wird nie wieder zum Leben erwachen, wenn man den Ausführungen des Herrn Dr. Kubista Glauben schenken darf. Herr Dr. Kubista ist zwar dafür, daß der Mieter einen staatlichen Schutz genießen soll, aber nur in der allerdings sehr bescheidenen und dehnbaren Form, daß der Mietvertrag nur aus zwingenden Gründen gekündigt werden darf. Alle diese Ausführungen, wenn auch nur privatim aus dem Munde eines hohen Regierungsbeamten, sind drohende Sturmzeichen eines neuerlichen Angriffes auf das Mieterschutzgesetz.

Abg. Genosse Schuster, der vor Schluß des Verbandstages das Wort erhielt, stellte fest, daß der Klub der Abgeordneten und Senatoren der deutschen Sozialdemokraten sich jederzeit in sehr energischer Weise um den Schutz der Mieter auf dem Wege der Gesetzgebung bekümmerte und dies auch fernerhin tun werde. Ebenso werde auf dem Gebiete der Bauförderung und Wohnungsfürsorge, wie bisher intensiv gearbeitet werden. Diese Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen. Dann mußte der Verbandstag etwas eilig geschlossen werden, da der größte Teil der Teilnehmer sich bereits entfernt hatte. Sehr effektvoll für den neuen Verband kann diese Art der Beratungen und des Abschlusses derselben nicht bezeichnet werden.

Die Regelung der Pensionsversicherung der Privatbeamten und Angestellten. Samstag fand unter dem Vorsitze des Ministers für soziale Fürsorge, Habrman, eine Beratung der Interessenten an einer Regelung der Pensionsversicherung der Privatbeamten und Angestellten statt. In der Eröffnungsrede hob Habrman die Berührungspunkte hervor, in denen die Pensionsversicherung teils mit dem bereits eingebrachten Regierungsentwurf über die Versicherung der Angestellten für den Fall der Krankheit, Invalidität und des Alters, teils mit der vorbereiteten Gesetzesvorlage über die Sozialversicherung selbständig erwerbstätiger Personen zusammenhängt. Der Minister forderte die geladenen Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen der Angestellten und Arbeitgeber auf, aus ihren Reihen geeignete Personen vorzuschlagen, die als Mitglieder einer Kommission an der Novellisierung des Gesetzes mitarbeiten würden. Im Verlaufe der Debatte kam es zwischen den Interessenten zu einer Einigung in dem Sinne, daß 14 Experten namhaft gemacht wurden, zu welchen als weitere Mitglieder die Vertreter der jetzigen Träger der Pensionsversicherung (der Allgemeinen Pensionsanstalt, Ersatzpensionsanstalten) und die Mitglieder des Ausschusses, welcher die Gesetzesvorlage über die Sozialversicherung der Angestellten vorbereitet, kommen werden. Die Ernennung der Kommissionsmitglieder, welche sich einen Präsidenten wählen, wird in den nächsten Tagen vorgenommen werden.

Der Massenstreik in Polen. Aus Warschau, den 29. Oktober wird berichtet: Die Lage im Eisenbahnerstreik ist im allgemeinen unverändert. Der Zugsverkehr wird weiter in beschränktem Maße mit Hilfe militärischer Eisenbahntruppen aufrechterhalten, in einigen Zentren sind die Eisenbahnarbeiter zur Arbeit zurückgekehrt, in anderen dagegen in den Ausstand getreten. In Lodz dauerten die Verhandlungen zwecks Liquidierung des Textilstreikes die ganze Nacht hindurch. Die Industriellen haben als Maximum ihrer Konzessionen 100% Lohnerhöhung angeboten, was jedoch seitens der Delegierten der streikenden Arbeiter abgelehnt wurde. Die Entscheidung soll noch heute fallen. — Der Streik im Dombrauer Kohlenrevier wurde liquidiert. Die Bergarbeiter erhielten eine Lohnerhöhung in der Höhe von 270 bis 275%. Infolgedessen haben die Bergarbeiter im Dombrauer Kohlenrevier bereits heute, Montag, die Arbeit wieder aufgenommen. — Der Streik im Krakauer Kohlenrevier dauert noch an. Der heutige allgemeine Streik ist in Krakau ungestört verlaufen. Dem Streike sind alle Fabriksarbeiter, ferner die Arbeiter der Bauindustrie, städtische Angestellte und Zeitungssetzer beigetreten; die Tramway verkehrte nicht, Zeitungen sind nicht erschienen. Die Sozialisten hielten Volksmeetings ab. Polizei und Militär war in strenger Bereitschaft. Post, Telegraph und Telephon in Krakau wurden von freiwilligen Abteilungen der sogenannten „sozialen Selbsthilfe" und von Militär aufrechterhalten.

Die Arbeitslosigkeit in England. Der englische Gesundheitsminister Sir William Johnson Hicks hielt in Kenterbury eine Rede, in welcher er über die Arbeitslosigkeit folgendes erklärte: Obzwar die Regierung im Verlaufe des Winters zur Linderung der Arbeitslosigkeit bereits 50 Millionen ausgegeben hat, ist sie doch entschlossen, noch einen solchen Betrag zu widmen, wenn dies notwendig sein wird. Ueber die Gerüchte, daß in Bälde Neuwahlen stattfinden werden, sagte der Minister, er betrachte für seine Person und für die Regierung die Frage der Arbeitslosigkeit für so schwierig, daß es nicht möglich sei, die derzeitige Regierung durch eine neue zu ersetzen, so lange diese gegen die Arbeitslosigkeit kein Mittel gefunden hätte. Weiter erklärte er, daß unter den jetzigen Verhältnissen, wo in England zwei Millionen Arbeitslose sind, es gänzlich ausgeschlossen sei, daß auf die nach England eingeführten Lebensmittel ein Zoll auferlegt werde. Sollte es aber dennoch zu solchen Zöllen kommen, müßte den Erzeugnissen der Kolonien Höchbegünstigung zuerkannt werden.

Vater Goriot. 23

Von Honoré de Balzac.

„Nun?" fragte sie.

Er wies auf sein Herz, lächelte seiner Kusine zu und ging. Es war fünf Uhr. Er hatte Hunger und fürchtete, nicht mehr rechtzeitig nach Hause zu Tisch zu kommen. Er war in starker Spannung und empfand es als Auslösung, eine große Strecke Weges schnell im Wagen zurückzulegen. Bei diesem mechanischen Vergnügen konnte er sich ganz den Gedanken überlassen, die ihn von allen Seiten bedrängten. Wenn ein junger Mensch seines Alters von Ekel geschüttelt wird, so gerät er in Zorn, schäumt vor Wut, bedroht die ganze menschliche Gesellschaft mit der Faust, er will sich rächen und zweifelt auch an sich selbst. Rastignac dachte in diesem Augenblicke nur das eine: „Sie haben sich die Tür der Gräfin verschlossen." „Ich werde hingehen," sagte er sich, „und wenn Frau von Beauséant recht hat, wenn ich nicht empfangen werde, so ... Frau Restaud wird mich in allen Salons finden, die sie besucht. Ich werde lernen, die Waffen zu gebrauchen und werde ihr ihren Maxime töten. Und Geld?" rief ihm seine Vernunft zu, „woher willst du das nehmen?" Plötzlich berauschte ihn der Reichtum, den er bei der Gräfin Restaud gesehen hatte. Dort herrschte der Luxus, in den ein Fräulein Goriot verliebt sein mußte, Vergoldungen, Kostbarkeiten an sichtbarster Stelle, der unintelligente Luxus des Parvenü, die Verschwendungssucht der ausgehaltenen Frau. Dieses faszinierende Bild wurde durch das großartige Palais Beauséant ausgelöscht. Seine Phantasie schwelgte in den Regionen der vornehmen Pariser Gesellschaft, in seinem Herzen erwachten tausend böse Regungen, Kopf und Gewissen wurden ihm weit. Er sah die Welt, wie sie ist: dem Reichen gegenüber sind Gesetze und Moral machtlos, äußeres Gelingen erschien ihm als ultima ratio mundi. „Vautrin hat recht, Glück ist Tugend," sagte er sich.

In der Rue Neuve-Sainte-Geneviève angekommen, ging er schnell auf sein Zimmer, holte die dem Kutscher schuldigen zehn Franken und kam in das ekelhafte Speisezimmer, wo er die achtzehn Tischgenossen wie Tiere an der Raufe fressend fand. Der Anblick des verwahrlosten Zimmers mit seinem Elend erfüllte ihn mit Ekel. Der Uebergang war zu plötzlich, der Kontrast zu groß, um seinen Ehrgeiz nicht aufs äußerste anzustacheln. Auf der einen Seite der Glanz der vornehmen Welt, junge lebhafte Gesichter, denen Kunst und Luxus ein besonderes Relief gaben: leidenschaftliche Köpfe, über denen ein Schimmer von Poesie lag; auf der anderen Seite düstere, schmutzige Gestalten, Gesichter, auf denen Leidenschaften verhängnisvolle Spuren hinterlassen hatten. Die Lehren, die der Zorn einer verlassenen Frau Frau von Beauséant abgepreßt hatte, ihr verfängliches Anerbieten schwirrten durch seinen Kopf, und die Not gab ihm Erläuterungen dazu. Um Erfolg zu haben, beschloß Rastignac, sich seinen Weg auf zweierlei Art zu bahnen: er wolle sich auf Wissen und auf Liebe stützen, ein bedeutender Rechtsgelehrter und ein begehrter Salonheld werden. Er war noch ein großes Kind! Diese beiden Wege liegen so weit auseinander, daß sie sich nie kreuzen können.

„Sie sind sehr verstimmt, Herr Marquis," sagte Vautrin und warf ihm einen Blick zu, mit dem er die tiefsten Geheimnisse des Herzens ergründen zu können schien.

„Ich habe nicht mehr die Absicht, Witzeleien von jenen zu ertragen, die mich Marquis nennen," antwortete er schroff. „Um wirklich Marquis zu sein, bedarf es einer Rente von hunderttausend Franken, und wenn man im Hause Vauquer lebt, so ist man nicht gerade der verwöhnte Liebling des Geschicks."

Vautrin sah Rastignac väterlich und verächtlich zugleich an, als wenn er sagen wollte: Närrchen! ich könnte dich mit einem Bissen runterschlucken. Dann sagte er: „Sie sind wohl schlechter Laune, weil Sie bei der schönen Gräfin Restaud keinen Erfolg gehabt haben?"

„Sie hat mich an die Luft gesetzt, weil ich ihr gesagt habe, daß ihr Vater an unserem Tische ißt!" schrie Rastignac erregt.

Alle Mittagsgäste sahen sich an. Vater Goriot wandte den Kopf ab, um seine Augen zu trocknen.

„Sie haben mir Tabak ins Auge geworfen," sagte er zu seinem Nachbar.

„Wer Vater Goriot ärgern wird, hat es von jetzt ab mit mir zu tun," antwortete Eugen und sah den Nachbarn des einstigen Fadennudelfabrikanten scharf an; „er ist mehr wert als wir alle, von den Damen abgesehen." Mit dieser letzten Bemerkung wandte er sich an Fräulein Taillefer.

Diese Worte waren eine Entspannung. Eugens Ton hatte an der Mittagstafel Eindruck gemacht. Alles schwieg, nur Vautrin brummte: „Wenn Sie Vater Goriot auf Ihr Konto nehmen und sein verantwortlicher Redakteur werden, so müssen Sie eine gute Klinge führen und die Pistole handhaben können."

„Stimmt," sagte Eugen.

„Sie haben also heute den Kampf aufgenommen?"

„Vielleicht," antwortete Rastignac. „Aber ich bin niemand Rechenschaft über meine Angelegenheiten schuldig, um so weniger, als ich nicht zu erraten versuche, was andere Leute nachts treiben."

Vautrin warf Rastignac einen Seitenblick zu.

„Mein Kleiner, wenn man von den Marionetten nicht zum besten gehalten werden will, so muß man ganz und gar in den Karren eindringen und sich nicht damit zufrieden geben, einen Blick durch die Löcher im Vorhang zu erhaschen. „Genug geschwätzt," fügte er hinzu, als er sah, daß Eugen im Begriff war, sich zu ereifern. „Wir können nachher noch ein Wort zusammen sprechen, wenn Sie wollen."

Das Mittagessen verlief schweigsam. Alle waren verstimmt. Vater Goriot brütete vor sich hin, tief von den Worten des Studenten verwundet, er begriff nicht, daß seine Lage sich geändert hatte, und daß ein junger Mensch, der imstande war, den Verfolgungen Einhalt zu gebieten, seine Partei ergriffen hatte.

„Herr Goriot", fragte Frau Vauquer flüsternd, „wäre also wirklich der Vater einer Gräfin?"

„Und einer Baronin," antwortete Rastignac.

„Da ist nichts zu wollen," sagte Bianchon zu Rastignac. „ich habe seinen Schädel betastet: er hat nur einen Buckel, den der Vaterschaft, es ist ein Ewiger Vater."

Eugen war zu nachdenklich, um über Bianchons Witz zu lachen. Er wollte Frau von Beauséants Ratschläge nutzen und fragte sich, wo und auf welche Weise er sich Geld verschaffen konnte. Als er die Schätze der Welt vor sich ausgebreitet sah und sie doch nicht greifen konnte, wurde er nachdenklich: nach Tisch blieb er allein im Speisezimmer.

„Sie haben meine Tochter gesehen?" fragte ihn Goriot bewegt.

(Fortsetzung folgt.)

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank 16.50'00
Berlin	Mark 1900.000.000'00
Wien	österr. Kr. 2090'00

Prager Kurse am 29. Oktober.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1364.75	1368.75
10 Milliarden Mark	5.02½	5.22½
100 belg. Franks	176.25	177.75
100 schweiz. Frank	624.75	627.25
1 Pfund Sterling	155.75'00	157.25'00
100 Lire	158.25'00	159.75'00
1 Dollar	34.50'00	34.90'00
100 franz. Franks	206.25.00	207.75'00
100 Dinar	41.37'50	41.87'50
10.000 magyar. Kronen	17.95'00	19.95'00
10.000 poln. Mark	15.25	16'75
10.000 österr. Kronen	4.64'00	5.14'00

Kunst und Wissen.

Eine 10. Symphonie Mahlers. Wie der Wiener „Morgen" meldet, ist im Nachlaß Gustav Mahlers eine unvollkommene zehnte Symphonie des Komponisten vorgefunden worden, von der bloß die zwei Mittelsätze existieren. Der zweite Satz, ein Adagio, ist von M[illegible]r vollständig und handschriftlich fertiggestellt worden. Der dritte Satz, ein Scherzo, wurde von dem Berliner Komponisten Kreneck, dem zukünftigen zweiten Gatten der Tochter Mahlers, ergänzt. Von dem ersten und dem Zusatz existieren nur Bleistiftskizzen. Das Aufführungsrecht für die Uraufführung ist inzwischen von Frau Alma Mahler einer Konzertgesellschaft übertragen worden, welche nunmehr die Urpremiere der unvollendeten 10. Symphonie noch in dieser Saison in Wien veranstalten wird.

Der Deutsche Dilettantenverein versuchte sich am letzten Sonntag in einer Premiere, dem Schwank „Der blaue Heinrich" von Schwartz und Lengbach. Weder ist das Stück literarisch wertvoll, noch seine Handlung originell. Aber unter den Händen des Vereinstheaters wurde die nette Belanglosigkeit zu einem köstlichen, humorvollen Abend, den das Kopf an Kopf gedrängte Publikum mit unaufhörlichem Lachen und bester Stimmung quittierte. Die „Dilettanten", von denen so mancher seinen Berufskollegen lehren könnte, zeigten diesmal ein ganz ausgezeichnetes Zusammenspiel und die Leistung jedes einzelnen, nicht zuletzt des nichtdilettierenden Regisseurs Bogyansky, verdient volles Lob. Herr Bäumel, der Hauptakteur, und Herr Womela — ein Tierbändiger, unter dessen Dompteurmanieren sich die ersten Parkettreihen bogen — ernteten wahre Lachsalven. Von den Damen, die durchwegs am Platze standen, sei Frl. Fleischer hervorgehoben, die starkes Charakterisierungstalent besitzt.

Gastspielabende Michael Bohnen—Barbara Kemp—Alexander Kirchner — Max von Schillings. Der große Erfolg des letzten Bohnengastspieles hat die Direktion veranlaßt, den Künstler für den Monat November zu einer Reihe weiterer Gastabende zu verpflichten. Und zwar: für den 10. November als Mephisto, für den 12. als Hans Sachs und für den 14. als Francesko in Mona Lisa, die der Komponist Max von Schillings dirigieren wird. Für die Titelpartie von Mona Lisa wurde Frau Barbara Kemp-Schillings gewonnen. Als dritter Gast wird in dieser Oper Alexander Kirchner von der Berliner Staatsoper auftreten, der den Salviati singen wird. Barbara Kemp wird dann am 16. November noch die Senta im „Fliegenden Holländer" singen. Der Kartenvorverkauf für diese Abende beginnt in der nächsten Woche.

„Der kühne Schwimmer" betitelt sich die nächste Schauspielnovität, die Samstag, den 3. November, angesetzt ist.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Donnerstag nachmittags (volle Preise) und Sonntag (Abon. aufg.): „Mädi". Mittwoch Gastspiel Leop. Kramer „Journalisten". Freitag Serien-sprung: „Siegerin".

1. Philharmonisches Konzert am 6. November. Der Zyklus der diesjährigen Philharmonischen Konzerte wird Dienstag, den 6. November eröffnet. Das Programm des von Alexander Zemlinsky geleiteten Konzertes umfaßt als Hauptstücke Brahms Akademische Festouvertüre und Richard Strauß' Symphonia domestica. Klaviervirtuose Severin Eisenberger. Beginn halb 8 Uhr. Kartenvorverkauf täglich.

Wohltätigkeitsvorstellung „Die Fledermaus". Der Kartenvorverkauf für die am 8. November stattfindende Wohltätigkeitsvorstellung des Oesterreichischen Hilfsvereines beginnt Donnerstag, den 1., an der Tageskassa des Neuen Deutschen Theaters und in der Musikalienhandlung Emanuel Wetzler. Vera Schwarz, Fritz Werner und Leopold Kramer als Gäste.

Literatur.

Dr. Josef Macek: „Jak se děla nezaměstnanost, drahota a hytova trýzeň a proč se prohrávají stávky". (Wie wird die Arbeitslosigkeit, die Teuerung und die Wohnungsnot erzeugt und warum gehen Streiks verloren.) Arbeiter-Buchhandlung und Verlagsanstalt (A. Svěceny), Prag. Die vorliegende Broschüre gehört zweifellos zu dem Besten, was seit dem Entstehen der tschechoslowakischen Republik über die Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei geschrieben wurde. Bemerkenswert ist, daß die Schrift von einem tschechischen Sozialdemokraten stammt, Genossen Dr. Josef Macek, Professor der Nationalökonomie an der tschechischen Handelshochschule in Prag, der früher der Partei der fortschrittlichen Sozialisten angehört hat und mit Modraček zur tschechischen Sozialdemokratie übergetreten ist. Die tschechische Sozialdemokratie hat bisher die Wirtschaftspolitik aller Regierungen seit dem Entstehen der tschechischen Republik mitgemacht und es ist zu begrüßen, daß sich da zum erstenmal eine Stimme erhebt, die gegen die bisherige Wirtschaftspolitik auftritt und die Gesamtheit dieser Wirtschaftspolitik unerbittlich kritisiert. Im Mittelpunkt der Ausführungen des Verfassers steht die Handels- und Zollpolitik. Es sind insbesondere die Hochschutzzölle und das Bewilligungsverfahren, welche der Verfasser außerordentlich temperamentvoll bekämpft und für deren Schädlichkeit er alle Argumente ins Treffen führt. Derjenige, der sich mit der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik beschäftigt, kann an diesem Buche nicht vorübergehen, es wäre sogar zu wünschen, daß die über 120 Seiten umfassende Broschüre, welche auch stilistisch ganz ausgezeichnet geschrieben ist, ins Deutsche übersetzt würde. E. St.

Aus der Partei.

Oeffentliche Versammlungen im Steckener Bezirke. In den letzten Tagen haben die Genossen Senator Professor Wiechowski und Dr. Strauß einige öffentliche Versammlungen im Gerichtsbezirke Stecken, der einen Teil des Wahlkreises Prag bildet, abgehalten. In allen drei Versammlungen, die sehr gut besucht waren, sprach Genosse Dr. Wiechowski über „Drei Jahre Parlament", Genosse Dr. Strauß über „Nationalismus, Fascismus, Sozialismus". Samstag, den 27. Oktober sprachen die beiden genannten Genossen in Friedrichsdorf, wo sich in der Debatte ein deutschnationaler Lehrer zu Worte meldete, dessen Argumente von den beiden Referenten unter dem Beifall der Versammlung als hohle Phrasen enthüllt wurden. Sonntag, den 28. Oktober vormittags referierten die beiden Genossen in Deutsch-Schützendorf, nachmittags in Ebersdorf. — Im Steckener Bezirk haben seit der Spaltung der Partei keine öffentlichen sozialdemokratischen Versammlungen stattgefunden. Der gute Besuch der Samstag und Sonntag stattgefundenen Versammlungen bewies, daß der sozialistische Gedanke auch im Steckener Bezirk seine Anziehungskraft nicht verloren hat und daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, unsere Organisationen in diesem Gebiete wieder auf ihre alte Höhe zu bringen.

Gemeindevertreterkonferenz des Bezirkes Bilin. Die Gemeindevertreterkonferenz, die am Sonntag in Bilin stattfand, war gut besucht, denn von den 86 deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertretern im Bezirke waren 66 erschienen. Die Konferenz wurde von Genossen Kühnel als Bezirksvertrauensmann eröffnet, welcher darauf verwies, daß wir in den Landgemeinden unsere alte Kraft behauptet haben; der Stimmenrückgang von 1600 betrifft zum großen Teil Bilin, wo wir allein 1000 Stimmen verloren haben. Doch auch in Bilin wird der Verlust für die Partei kein Schaden sein, da ja nur die schwankenden Elemente abgefallen sind. Ueber „Unsere nächsten Aufgaben", sprach dann als Referent Genosse Uhlik, Bürgermeister in Graupen, der u. a. bemerkte, daß nicht um jeden Preis Opposition gemacht werden könne, im wesentlichen jedoch werde es jetzt, da wir die Mehrheit nicht haben, eine unserer ersten Aufgaben sein müssen. Unsere Gegner haben erklärt, daß sie es besser machen werden; nunmehr sollen sie dazu gedrängt werden, daß sie Wort halten müssen. Unerläßlich sei aber eine ständige Vereinigung aller deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Bezirke, damit stets alle in Betracht kommenden Fragen besprochen und ein einheitliches Vorgehen beschlossen werden kann. — Nach einer lebhaften Debatte werden die Genossen Kühnel, Wagner, Zimmermann, Weiß, Kolarsch und Kopal in den engeren Ausschuß der Gemeindevertretervereinigung gewählt. Als Vorsitzender dieser Vereinigung wurde über Antrag des Genossen Kühnel Genosse Wagner-Bilin einstimmig gewählt, der auch die Wahl bereitwilligst annahm.

Bezirkskonferenzen. Aussig-Land: Sonntag, den 11. November, um halb 9 Uhr vormittags, im „Volkshaus" in Aussig ganzjährige Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung: Berichte, Die politische Situation (Referent Abg. Gen. Beutel), Organisation und Presse (Referent Abg. Genosse Bölina), Parteitag, Neuwahlen und Verschiedenes. — Aussig-Stadt: Freitag, den 16. November, abends 7 Uhr, im Volkshaus Aussig. Tagesordnung: Berichte, Organisation und Presse (Referent Gen. Dr. Ungar), Neuwahlen und Eventuelles.

550.000 organisierte Personen in Oesterreich! Aus dem Tätigkeitsbericht der Parteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie, der am 14. November dem Parteitag in Wien vorgelegt wird, ist ersichtlich, daß unsere österreichische Bruderpartei am Ende des letzten Berichtsjahres, also am 30. Juni 1923, 514.273 organisierte Mitglieder zählte. Da aber während der Wahlbewegung in zahlreichen Bezirken und Ländern unserer Bruderpartei Tausende neuer Mitglieder beigetreten sind, so kann man sagen, daß der Stand von 550.000 organisierten Sozialdemokraten Oesterreichs heute bereits überschritten ist. Am 30. Juni 1922 zählte die Partei 553.022 Mitglieder. Sie verlor also im abgelaufenen Berichtsjahr rund sieben Prozent ihrer Mitglieder. In Wien waren am 30. Juni 1922 204.698 organisierte Mitglieder, von denen 2,73 Prozent verloren gingen. Hingegen vermehrten die Parteiorganisationen im Burgenland ihre Anhängerschaft um 71.78 Prozent, in Tirol um 2.58 Prozent. Salzburg hat den schwersten Verlust — 15 Prozent — zu verzeichnen. Diese Zahlen beziehen sich auf den 30. Juni 1923, den Schlußtag des Berichtsjahres. Wie schon oben erwähnt, sind in der Wahlbewegung durch Neuanwerbungen diese Zahlen längst überholt worden. Es gibt heute in Oesterreich 550.000, davon in Wien 200.000 organisierte Sozialdemokraten. — Aus dem Tätigkeitsbericht ist dann weiter ersichtlich, daß in der Wahlbewegung in Wien 1447 Wählerversammlungen mit einer Gesamtauflage von rund 600.000 Exemplaren sogar 86 Wählerversammlungen statt. Unsere österreichische Bruderpartei verfügt über 21 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von rund 600.000 Exemplaren. Mit der übrigen wissenschaftlichen, genossenschaftlichen und sonstigen Presse dienen der österreichischen Arbeiterbewegung rund 85 Zeitungen und Zeitschriften. Die Wiener Parteibuchhandlung hat im abgelaufenen Berichtsjahr 36 Bücher und Broschüren in einer Gesamtauflage von 467,000 Exemplaren herausgegeben. Die Zentralstelle für das Bildungswesen kann gleichfalls auf ein arbeitsreiches Jahr zurückblicken. Dazu kommen noch 716 Arbeitervorstellungen und Arbeitersymphoniekonzerte der Kunststelle, die von 344.333 Arbeitern und Arbeiterinnen besucht waren und die 81 Kunstabende, die die Kunststelle den Organisationen vermittelt hat.

Frauenbewegung.

Bezirkskonferenz Aussig-Land. Sonntag, den 4. November 1923, nachmittags 2 Uhr, im „Volkshaus", Aussig, Dresdnerstraße. Tagesordnung: Berichte, Referat: Berühmte Frauen der Frauenbewegung, Neuwahlen und Eventuelles.

Turnen und Sport.

Tschechoslowakei gegen Jugoslawien 4:4 (2:4). Die Jugoslawen überraschten in den ersten zwanzig Minuten durch ein hervorragendes, draufgängerisches Spiel und konnten so, ehe es sich die schlecht kombinierende tschechoslowakische Elf versah, in dieser Zeit einen Vorsprung von drei Toren erzielen. Als dann Capek in der zwanzigsten Minute ein Tor aufholte, schossen die Jugoslawen eine Minute später ihr viertes Tor. Die Tschechoslowaken hatten in der zweiten Halbzeit schwere Mühe, den sich in die Verteidigung zurückziehenden Jugoslawen ein unentschiedenes Resultat abzuzwingen. Bei der tschechoslowakischen Mannschaft konnte sich die Stürmerreihe erst in der zweiten Halbzeit finden, die Halfs standen gleichfalls in der ersten Halbzeit nicht auf voller Höhe. Mahrer vom DFC., der als linker Half spielte, war einer der besten der tschechoslowakischen Mannschaft. Kada fand sich gleichfalls erst in der zweiten Hälfte, konnte jedoch gegen den jugoslawischen Mittelstürmer nur sehr schwer aufkommen. Der Schiedsrichter war gut. Obzwar er sich die Ungunst des Publikums durch Nichtanerkennung einiger irregulärer Tore zuzog, ließ er sich nicht beirren und leitete bis zum Schlusse das Spiel einwandfrei. Zusammenfassend läßt sich nur sagen, daß die tschechoslowakische Repräsentativelf am Sonntag sehr enttäuscht hat und daß es ihr für das nächstemal anzuraten wäre, ihren Gegner nicht von vornherein zu unterschätzen.

DFC. gegen Wiener Sportklub 2:1. Obzwar der DFC. am Sonntag in Wien mit drei Ersatzleuten antreten mußte, konnte er das Spiel einwandfrei für sich gewinnen. Der einzige Erfolg des Wiener Sportklubs resultierte aus einem Eigentor. DFC. war besonders in der zweiten Halbzeit in Hochform, Taussig im Tor hielt alle Schüsse einwandfrei.

Sonstiger Fußball vom Sonntag. Pilsen: Städtekampf Pilsen gegen Prag 4:3. Die Pilsner gut eingespielte Mannschaft konnte gegen die geschwächte Prager Sparta, die die Farben Prags vertrat, einen beachtenswerten Erfolg erringen. — Teplitz: Teplitzer FK. gegen SK. Pardubice 3:1. Das Spiel mußte in der 20. Minuten der zweiten Halbzeit abgebrochen werden, weil ein Spieler von Pardubice nicht den Ausschluß annehmen wollte. Teplitz war während des ganzen Spieles überlegen. — Brünn: Slavia-Prag gegen Mor. Slaw. 2:0. — Troppau: Makkabi Brünn gegen DSV. 5:2. — Wien: Amateure gegen Hakoah 3:0. Schwacher Tag der Hakoah Simmering gegen Slowan 5:0. Durch diesen Sieg kommt Simmering an die Spitze der Tabelle. — Budapest: Länderkampf Ungarn gegen Schweden 2:1. — Paris: Länderkampf Norwegen gegen Frankreich 2:0. — Kopenhagen: Städtekampf Kopenhagen gegen Berlin 5:2. Die Berliner versagten vollkommen. — Fürth I. FK. Nürnberg gegen Spielvereinigung Fürth 2:0. — Die Spielvereinigung Fürth spielt am nächsten Sonntag in Prag gegen SK. Slavia.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft. Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Heimverdienst für jedermann ohne besond. Kenntnisse nach seiner Tagesarbeit. Schreibet noch heute an Fabrik! J. Brož, Kardaš, Rečice.

Inserieren Sie im „Sozialdemokrat"

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten

Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.
Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postsparkassa Nr. 127.863

1100

Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Selbsthilfe" r.G.m.b.H. in Drahowitz.

Bau-Ausschreibung.

Die Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft Selbsthilfe, reg. G. m. b. H. in Drahowitz, vergibt im Wege der Offertausschreibung alle mit dem Bau von 23 Einfamilienhäusern auf der Grdp. K.-Z. 145 und einem Miethause auf der Grdp. K.-Z. 80/7 in Drahowitz verbundenen Arbeiten. Die Offertlegung erstreckt sich auf alle diesbezügliche Arbeiten.

In die Pläne und Bedingungen kann an Wochentagen in der Zeit von 9 Uhr früh bis ½3 Uhr nachm. im Amtszimmer Nr. 3 des Gemeindeamtes Drahowitz, 1. Stock, eingesehen werden, wo auch die erforderlichen Offertbeilagen zum Regiepreise, solange der Vorrat reicht, erhältlich sind.

Die Offerte sind längstens bis Samstag den 10. November 1923, 12 Uhr mittags mit der Aufschrift „Angebot für die Herstellung von Einfamilienhäusern und einem Miethause" bei dem Direktor Herrn Josef Heidler, Konsumfiliale II in Drahowitz, Bezirk Karlsbad, einzubringen.

Die Offerenten haben in ihrem Offerte zu bemerken, daß sie über den Umfang der Arbeitsleistungen orientiert sind und alle gewünschten Aufklärungen erhalten haben und weiters sich den allgemeinen und speziellen Bedingungen vollinhaltlich unterwerfen. In dem Offerte ist die Erklärung abzugeben, daß der Offerent ein Vadium in der Höhe von 5 Prozent der offerierten Bausumme zu erlegen bereit ist. Die Genossenschaft als Auftraggeberin behält sich unter den einlangenden Offerten die freie Wahl der Vergebung sowohl bezüglich der gesamten als auch der einzelnen Bauobjekte und Arbeiten vor. Aus der Offertlegung dürfen der Genossenschaft keinerlei Auslagen erwachsen.

Planskizzen als Unterlagen der Offertlegung können von dem Planverfasser Herrn J. Légat, beh. autor. Zivil-Bau-Ingenieur in Prag I., Valentinska Cp. 8, gegen Erlag der Kosten bezogen werden. 1879

Gemeinnützige Bau- u. Wohnungsgenossenschaft „Selbsthilfe" r.G.m.b.H. in Drahowitz.

Anton Schwanzara, m. p. Emil Bär, m. p.
Josef Heidler, m. p.

1827